

OBS-Arbeitsheft 60

**Peter Förster, Yve Stöbel-Richter, Hendrik Berth,
Elmar Brähler**

Die deutsche Einheit zwischen Lust und Frust

Ergebnisse der »Sächsischen Längsschnittstudie«

**Zusammenfassung für die Otto Brenner Stiftung
Frankfurt/Main, 2009**

OBS-Arbeitsheft 60
ISSN 1863-6934 (Print)

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung
Jupp Legrand/Wolf Jürgen Röder
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
D-60329 Frankfurt/Main
Tel.: 069-6693-2810
Fax: 069-6693-2786
E-Mail: obs@igmetall.de
www.otto-brenner-stiftung.de

Autoren:

Prof. Dr. Elmar Brähler
PD Dr. Yve Stöbel-Richter
Universität Leipzig
Selbständige Abteilung für Medizinische
Psychologie und Medizinische Soziologie
Philipp-Rosenthal-Str. 55
D-04103 Leipzig
Tel.: 0341-9718-800
Fax: 0341-9718-809
E-Mail: elmar.braehler@medizin.uni-leipzig.de
yve.stoebel-richter@medizin.uni-leipzig.de
www.uni-leipzig.de/~medpsy

Prof. Dr. Peter Förster
Forschungsstelle Sozialanalysen
Schweizerbogen 11
04289 Leipzig
Tel.: 0341-8781-548
Fax: 0341-3191-072
E-Mail: prof.foerster@gmx.de

Dr. habil. Hendrik Berth
Universitätsklinikum Carl Gustav Carus Dresden
Technische Universität Dresden
Medizinische Psychologie und Medizinische
Soziologie
Fetscherstr. 74
D-01307 Dresden
Tel.: 0351-4584-028
Fax: 0351-4585-526
E-Mail: berth@wiedervereinigung.de
www.medpsy.de

Redaktion:

Dr. Burkard Ruppert
Otto Brenner Stiftung

Satz und Gestaltung:

N. Faber de.sign, Wiesbaden

Druck:

ColorDruckLeimen GmbH

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitsheft darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert! – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitsheften werden die Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autoren/innen verantwortlich.

Bestellungen:

Über die Internetseite der Otto Brenner Stiftung können weitere Exemplare dieses OBS-Arbeitsheftes kostenlos bezogen werden – solange der Vorrat reicht. Dort besteht auch die Möglichkeit, das vorliegende und weitere OBS-Arbeitshefte als pdf-Datei kostenlos herunterzuladen.

Vorwort

Die Sächsische Längsschnittstudie begleitet seit 1987 kontinuierlich eine Stichprobe junger Ostdeutscher des Geburtsjahrgangs 1973 auf ihrem Weg vom DDR- zum Bundesbürger. Mit mittlerweile 22 abgeschlossenen Erhebungswellen (2008) zählt die weiterhin laufende Studie zu den weltweit am längsten andauernden sozialwissenschaftlichen Untersuchungen. Es handelt sich um die einzige Studie, die in dieser Weise das Erleben der deutschen Wiedervereinigung bei einer identischen Stichprobe von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen aus der DDR bzw. den neuen Ländern dokumentiert. Sie ist damit ein zeithistorisch besonderes Zeugnis, das den Systemwechsel in der DDR und die sich daraus ergebenden individuellen Konsequenzen auf einer quantitativen Ebene abbildet.

Die Daten zeigen, dass die Suche der (immer noch rund 400) Panelmitglieder nach einer neuen staatsbürgerlichen Identität keineswegs abgeschlossen ist. Sie fühlen sich – formal betrachtet – zwar mehrheitlich schon als Bürger der Bundesrepublik, kommen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht und wissen deren Möglichkeiten und Chancen zu schätzen. Die politischen Verhältnisse in der DDR wünscht sich kaum ein Studienteilnehmer zurück. Andererseits wächst jedoch seit Jahren die Unzufriedenheit mit dem heutigen Gesellschaftssystem, insbesondere im Hinblick auf verschiedene Aspekte der Sozial-, Familien- und Gesundheitspolitik. Die Erfahrung mit Arbeitslosigkeit und die Angst vor einem Arbeitsplatzverlust tragen besonders zur skeptischen Haltung bei.

Mit finanzieller Unterstützung der Otto Brenner Stiftung konnten die Wellen 19 und 20 der Sächsischen Längsschnittstudie durchgeführt werden. Vor dem Hintergrund des diesjährigen Jubiläums („20 Jahre Mauerfall 1989“) und aus Anlaß unserer Jahrestagung im November in Berlin haben wir das Leipziger Forscherteam um Elmar Brähler gebeten, für die Otto Brenner Stiftung eine zusammenfassende Aufbereitung des umfangreichen Datmaterials vorzunehmen. Wir wollten wissen, wie stark bei der Untersuchungsgruppe heute die Identifikation mit der Bundesrepublik ist, welche Faktoren eine Identifikation fördern bzw. hemmen. Mit diesem Arbeitsheft der OBS dokumentieren wir zentrale Erkenntnisse aus dem Forschungsverbund.

Die Ergebnisse belegen eine kritische Haltung gegenüber vielen Aspekten des bundesrepublikanischen Gesellschaftssystems: die grundsätzliche Bejahung der deutschen Einheit ist nicht identisch mit der Zustimmung zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem. Fast zwei Jahrzehnte nach Vollendung der deutschen Einheit ist sogar die Tendenz feststellbar, dass die Zustimmung schwindet und die Distanz – auch zum politischen System – wächst.

Wenngleich sich die Aussagen, Trends und Momentaufnahmen der „Sächsischen Längsschnittstudie“ auf Personen beziehen, die 1973 in der DDR geboren wurden, als 15-/16-Jährige die „Wende“ erlebten und inzwischen, 35 oder 36 Jahre alt, schon überwiegend in der Bundesrepublik gelebt haben, so finden doch ihre wichtigsten Erkenntnisse Bestätigung durch andere Forschungsprojekte. Die Jubiläen 2009 (u.a. 20 Jahre „Mauerfall“) und 2010 (u.a. 20 Jahre „Deutsche Einheit“) bilden einen guten Rahmen und geben aktuellen Anlaß, sich mit den Ergebnissen kritisch und zukunftsorientiert auseinanderzusetzen. Mit diesem Arbeitsheft will die OBS einen faktenreichen Beitrag für die weitere Diskussion über die Gestaltung der deutschen Einheit liefern.


Jupp Legrand

Geschäftsführer
der Otto Brenner Stiftung


Wolf Jürgen Röder

Vorwort	1
1 Die Sächsische Längsschnittstudie	4
2 Politischer Einstellungswandel	5
2.1 Zukunftszuversicht	5
2.2 Einschätzung der Wende und der Wiedervereinigung	11
2.3 DDR-Nostalgie	21
2.4 Existenzängste	26
3 Welche Faktoren beeinflussen die Einstellungen junger Ostdeutscher?	29
3.1 Arbeitslosigkeit	29
3.2 Demokratische Mitgestaltung	38
3.3 Soziale Gerechtigkeit	40
3.4 Wirtschaftliche Zwänge	41
4 Zusammenfassung	43
5 Anhang	47
5.1 Literaturverzeichnis	47
5.2 AutorInnen	48
5.3 Abbildungsverzeichnis	49
5.4 Tabellenverzeichnis	50

1. Die Sächsische Längsschnittstudie

Bei der Sächsischen Längsschnittstudie handelt es sich um eine in ihrer Anlage ungewöhnliche, weil systemübergreifende sozialwissenschaftliche Längsschnittstudie (Panel) und damit nicht um eine (ein- oder mehrmalige) Meinungsumfrage. Sie wurde bereits 1987 begonnen und begleitet seitdem über die Wende hinweg den politischen Mentalitätswandel bei einer identischen Population junger Ostdeutscher zwischen ihrem 14. und nunmehr 34. Lebensjahr (2007).

Da die damaligen Ergebnisse einen deutlichen Rückgang der positiven politischen Grundeinstellungen zum Sozialismus abbildeten, wurden die Panelmitglieder im Rahmen der letzten Befragung in der 10. Klasse im Frühjahr 1989 gebeten, auch nach dem Verlassen der Schule (als Lehrling, Student, Arbeiter) weiter an ähnlichen Forschungsprojekten teilzunehmen. Dazu erklärte sich erfreulicherweise freiwillig rund jeder zweite von ihnen bereit.

Nach der Wende bemühten wir uns intensiv darum, diese nunmehr etwa 17-Jährigen im Frühjahr 1990 für die Fortsetzung der Befragungen unter völlig veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zu gewinnen, da die Befragung im Längsschnitt auch eine einmalige Chance sozialwissenschaftlicher Forschung zum „Groß-Experiment Deutsche Einheit“ darstellte. Das ist bei einem statistisch hinreichend großen Teil von ihnen gelungen. Wie Berechnungen nachweisen, sind die nach der Wende erfassten Teilpopulationen wiederum eine Zufallsauswahl aus der damaligen Gesamtpopulation, sie können ebenfalls als repräsentativ für die genannte Altersgruppe gelten (vgl. Förster 2002, S. 13 f.).

In ihrer ersten Phase vor der Wende (drei Befragungswellen zwischen 1987 und Frühjahr 1989, d. h. in der Endzeit der DDR) dokumentierte die Untersuchung den zunehmenden Abbau des politischen Bewusstseins der Panelmitglieder und ihre wachsende Distanz gegenüber der Politik der SED. In ihrer zweiten Phase (seit der 4. Welle im Frühjahr 1990) begleitet sie nun den Weg der TeilnehmerInnen aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der Bundesrepublik und somit vom DDR-Bürger zum Bundesbürger.

Die generelle Forschungsfrage umfasst dabei, wie sie mit dem gegenwärtigen kapitalistischen System zurechtkommen, ob bzw. inwieweit mit der zunehmenden Dauer der Lebensspanne in ihm auch eine politische Identifikation mit diesem System und seinen Zielen, Werten und Zukunftsvisionen bzw. mit der Bundesrepublik Deutschland entsteht, welche Einflussfaktoren eine solche Bindung fördern bzw. hemmen.

Die inzwischen abgeschlossene 21. Welle der Untersuchung fand im Zeitraum Mai bis Oktober 2007 statt. 383 TeilnehmerInnen schickten ihren Fragebogen ausgefüllt zurück, das sind 65 % derer, die sich 1989 zur weiteren Mitarbeit bereit erklärt hatten (N = 587), eine statistisch betrachtet hinreichend hohe Quote.

Dabei muss berücksichtigt werden, dass mindestens 8 ehemalige Panelmitglieder inzwischen verstorben und mindestens 10 weitere nicht mehr auffindbar sind. Daher kann die tatsächliche Zahl der verbliebenen potenziellen Panelmitglieder zur Zeit nicht genau ermittelt werden, sie liegt auf jeden Fall deutlich unter der Anzahl jener, die sich 1989 bereit erklärt hatten, weiter mitzumachen. Die Anzahl der Befragten lag in den Jahren 1990 bis 1994 zwischen 170 und 276, ab 1995 zwischen rund 350 und 400.

Das Durchschnittsalter im Jahr 2007 betrug 34,2 Jahre, 46 % Männer und 54 % Frauen hatten teilgenommen. Zum Zeitpunkt der 21. Befragungswelle hatten 92 % ihre berufliche Ausbildung abgeschlossen. Insgesamt 34 % haben studiert. 78 % leben mit einem/einer Partner/Partnerin zusammen, 45 % sind verheiratet (männlich 37 %, weiblich 52 %), 4 % sind geschieden (männlich 2 %, weiblich 5 %), 67 % sind Eltern, darunter 59 % der Männer und 74 % der Frauen.

Im Jahr 2007 waren 65 % erwerbstätig (70 % der Männer und 61 % der Frauen), davon 45 % als Angestellte, 20 % als Arbeiter, 11 % als Selbständige und 5 % als Beamte. Die verbleibenden TeilnehmerInnen sind arbeitslos, in Elternzeit oder noch in Ausbildung. Von allen TeilnehmerInnen leben 26 % im Westen (n = 96) bzw. 3 % (n = 10) im Ausland. Bis zum Jahr 2007 waren bereits 71 % der Frauen und Männer ein- oder mehrmals arbeitslos.

Wie in allen vorhergehenden Populationen handelt es sich bei den Panelmitgliedern der 21. Welle nicht um eine politische Auswahl derer, die sich vor der Wende (Frühjahr 1989) zu einer weiteren Teilnahme bereit erklärt hatten. Wir belegen das anhand differenzierter Berechnungen zum geplanten politischen Engagement vor der Wende (3. Welle, 1989, vgl. Tabelle 1). Beide Untergruppen unterscheiden sich statistisch nicht (vgl. hierzu Förster 2002, S.13 ff.).

Tabelle 1: Bereitschaft der Panelmitglieder, Mitglied der SED zu werden*

Fragetext:

Wie stark werden Sie sich künftig in folgender Hinsicht engagieren?

– mich durch aktive Mitarbeit in der FDJ darauf vorbereiten, einmal Mitglied der SED zu werden.

Antwortmodell:

Von 1 sehr stark bis 5 überhaupt nicht, 0 Darüber bin ich mir noch nicht im Klaren.

Antwortposition	1	2	3	4	5	0	n
a) Nichtteilnehmer der 21. Welle	6	11	15	15	33	20	200
b) Teilnehmer der 21. Welle	6	13	10	15	34	22	365

*differenziert für a) jene, die sich bei der 3. Welle 1989 zur Teilnahme bereit erklärt hatten, es aber aus den verschiedensten Gründen nicht taten; bzw. b) jene, die sich bei der 3. Welle 1989 zur Teilnahme bereit erklärt hatten und auch an der 21. Welle 2007 mitgearbeitet haben

Die folgenden Ergebnisse können mit einer geringen statistischen Fehlertoleranz für junge Ostdeutsche der Alterskohorte der 1973 Geborenen verallgemeinert werden, unabhängig davon, ob sie im Osten oder Westen leben. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die ermittelten Zusammenhänge und Trends. Sie widerspiegeln sozusagen im Kleinen wichtige Aspekte des Prozesses der deutschen Einheit, seiner Licht- wie Schattenseiten für die Menschen. Repräsentativität für alle ostdeutschen Alterskohorten hingegen wird ausdrücklich nicht beansprucht.

Die nachfolgend dargestellten Ergebnisse repräsentieren nur einen Teil der Auswertungen, weitere Auswertungen finden sich in zahlreichen Artikeln (vgl. Homepage der Studie unter <http://www.wiedervereinigung.de/sls>).

Die Abkürzung AP bedeutet Antwortposition eines vorgegebenen Antwortmodells, X steht für Mittelwert. Prozentdifferenzen, aus denen Aussagen über Trends bzw. Unterschiede zwischen Subgruppen abgeleitet werden, wurden auf statistische Signifikanz geprüft (Alpha = 0.05). Die entsprechenden Koeffizienten (auch Regressionskoeffizienten) werden nur mitgeteilt, wenn es sachlich erforderlich ist. Die Zahlenangaben in den Tabellen und Abbildungen sind (wenn nicht anders angegeben) Prozentwerte.

2. Politischer Einstellungswandel

2.1 Zukunftszuversicht

Ein entscheidender Vorzug dieser Studie besteht darin, dass wir uns bei den Analysen zum Wandel der politischen Einstellungen und der Zukunftszuversicht auch auf Daten stützen können, die bei denselben Panelmitgliedern bereits vor der Wende (1987 bis Frühjahr 1989) gewonnen wurden.

Einige der damals gestellten Fragen konnten auch nach der Wende fortgeschrieben werden, u. a. zu Lebenszielen wie z. B. der Bereitschaft zur politischen Aktivität, zur persönlichen und gesellschaftlichen Zukunftszuversicht. Zu diesen Fragen liegen inzwischen spannende Daten über den gesamten Zeitraum zwischen 1987 und 2007 vor. So wird mit ihnen für eine identische Population belegt, dass die persönliche Zukunftszuversicht dieser jungen Leute unmittelbar nach der Wende nicht zugenommen, sondern im Gegenteil deutlich abgenommen hat. Aber auch alle anderen Daten zu politischen Problemstellungen bilden einen soliden Hintergrund für die korrekte Beurteilung von Langzeitwirkungen der politischen Sozialisation zu DDR-Zeiten. Wir stellen deshalb bewusst einige der damaligen Ergebnisse voran.

Die Ergebnisse aus der ersten Phase der vorliegenden Studie vor der Wende (1987–Frühjahr 1989) belegen zunächst die damaligen Enttäuschungen der 14- bis 16-jährigen Panelmitglieder vom damaligen „real existierenden Sozialismus“ in der Endzeit der DDR. Ihre politische Identifikation mit der DDR, mit dem Sozialismus überhaupt, mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, ging von Jahr zu Jahr mehr oder weniger drastisch zurück (vgl. Abbildung 1):

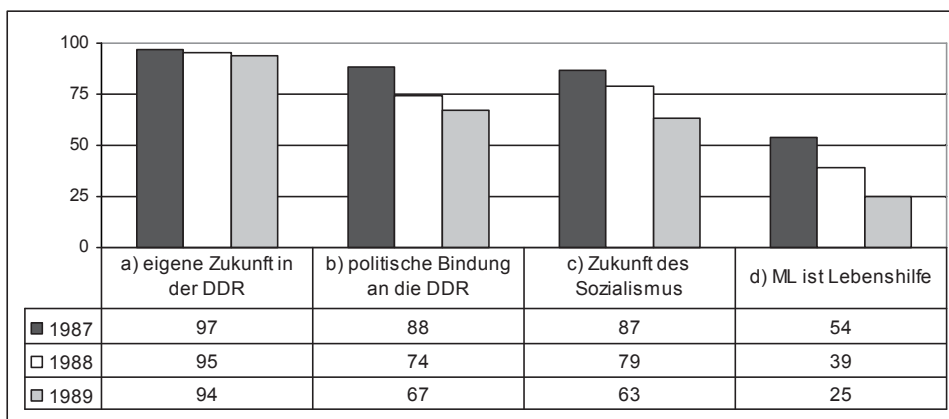
Abbildung 1: Veränderungen ausgewählter politischer Grundeinstellungen (1987–1989)*

Fragetexte:

- a) Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.
- b) Ich fühle mich mit der DDR als meinem sozialistischen Vaterland eng verbunden.
- c) Dem Sozialismus gehört die Zukunft, trotz zeitweiliger Rückschläge.
- d) Der Marxismus-Leninismus (ML) gibt mir auf alle wichtigen Lebensfragen eine richtige Antwort.

Antwortmodell:

Davon bin ich überzeugt 1 vollkommen bis 5 überhaupt nicht



*Zusammengefasste Anteile sehr starker (Antwortposition 1) und starker (2) Zustimmung in Prozent. Gesamtgruppe der damaligen Panelmitglieder (N = 1.275)

Die Trends sind eindeutig: Die Zahl derer, die den Marxismus-Leninismus als Lebenshilfe in Anspruch nehmen, die sich politisch mit der DDR identifizieren und die an den Sieg des Sozialismus glauben, nimmt in dieser Zeit stetig ab. Die Diskrepanzen zwischen der politischen Rhetorik der SED einerseits und den eigenen Lebenserfahrungen der Jugendlichen andererseits wurden immer größer. Schon damals hatten sie gelernt, zwischen Worten und Taten, Versprechungen und Realität zu unterscheiden, Widersprüche kritisch zu hinterfragen. Ein „Nullpunkt“ der Identifikation mit dem Sozialismus war allerdings selbst kurz vor der Wende nicht erreicht. Diese Tatsache gewinnt angesichts der verbreiteten Rückbesinnung auf die positiven Seiten der DDR noch an Bedeutung.

Ablesbar ist aber auch, dass das Vertrauen, in der DDR eine „gesicherte Zukunft“ zu haben, faktisch bis kurz vor der Wende erhalten blieb. Im Frühjahr 1989 glaubten noch immer 94 % an eine gesicherte Zukunft in der DDR, darunter 62 % ohne Einschränkung und selbst ein großer Teil jener Panelmitglieder, die sich von der DDR politisch

distanzierten hatten. Die weiblichen Panelmitglieder äußerten sich damals positiver als die männlichen; ein aus heutiger Sicht bemerkenswerter Sachverhalt, bewerten sie doch heute das jetzige System fast durchgehend signifikant negativer.

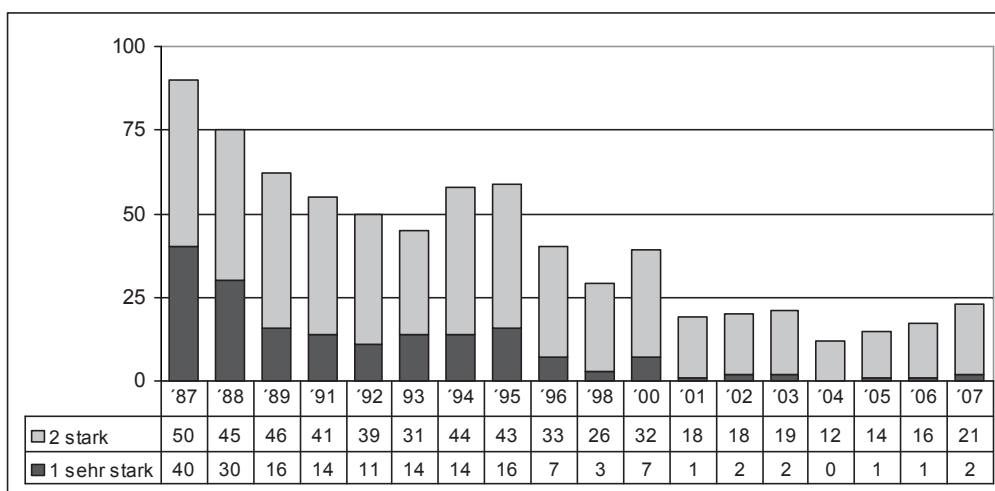
Diese Zuversicht der Panelmitglieder in eine gesicherte Zukunft hatte vorwiegend sozialpolitische Grundlagen, sie war kein ideologisches Bekenntnis zur SED. Ein wesentlicher Hintergrund dafür war, dass zu diesem Zeitpunkt für faktisch alle Befragten (99 %) feststand, wie es nach der zu Ende gehenden Schulzeit weitergehen würde. Bis auf wenige Ausnahmen hatten alle Absolventen ihren Platz an einer Erweiterten Oberschule (EOS) oder eine Lehrstelle bzw. wussten, dass sie ein Fachschulstudium beginnen oder eine Arbeit im Betrieb aufnehmen würden. Für Ängste vor eigener Arbeitslosigkeit und Altersarmut bestand kein Anlass. 1998 gaben 38 % der Panelmitglieder rückblickend an, dass sie diese Pläne nach der Wende völlig verändern mussten, bei 35 % war das etwas der Fall und nur 27 % berichteten keine Veränderungen.

Kritische Aussagen der damaligen Panelmitglieder konzentrierten sich vor allem auf die Versorgungslage (einschließlich Dienstleistungen), die Politik der „Partei- und Staatsführung“ gegenüber der Bevölkerung des Landes und die nichtexistente Reisefreiheit.

Werfen wir einen Blick auf die seit 1987 vorliegenden Trends zur Zukunftszuversicht der Panelmitglieder, um die aktuellen Daten in größere gesellschaftliche Zusammenhänge einzuordnen. Bei ihnen handelt es sich um einmalige Zeitreihen über zwei Jahrzehnte und einen Systemwechsel hinweg. Betrachtet man den Entwicklungstrend der gesellschaftlichen und der persönlichen Zukunftszuversicht, so zeigt sich insbesondere bei der gesellschaftlichen Zuversicht seit 1987 ein negativer Trend. Deutlich ist jedoch auch, dass dieser regressive Trend nach dem Systemwechsel erheblich zugenommen hat und vermutlich noch nicht abgeschlossen ist. Das gilt nach der Wende auch für die persönliche Zuversicht, wie die Abbildungen 2 und 3 belegen.

Abbildung 2: Gesellschaftliche Zukunftszuversicht (1987–2007)*

Fragetext:
Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft für die Entwicklung in der DDR/ab 1991: in Ostdeutschland?
Antwortmodell:
1 sehr zuversichtlich bis 5 überhaupt nicht zuversichtlich

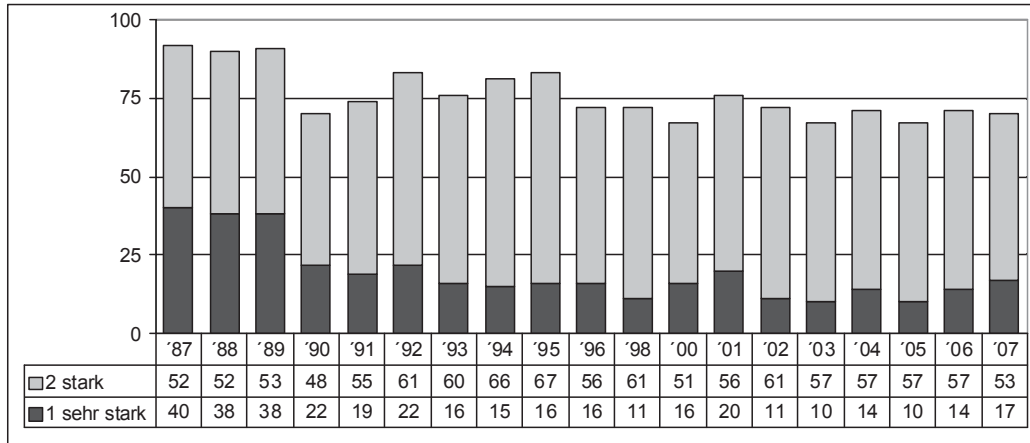


*zusammengefasste Anteile der AP 1 und 2; nur Teilnehmer der 21. Welle, 1987 bis 1989 Entwicklung in der DDR, ab 1991 Entwicklung in Ostdeutschland

Abbildung 3: Persönliche Zukunftszuversicht (1987–2007)*

Fragetext:
Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft für Sie persönlich?

Antwortmodell:
1 sehr zuversichtlich bis 5 überhaupt nicht zuversichtlich



*zusammengefasste Anteile der AP 1 und 2; nur Teilnehmer der 21. Welle

Von den 213 Panelmitgliedern, die sowohl an der dritten Welle im Frühjahr 1989 als auch an der vierten Welle im Frühjahr 1990 beteiligt waren, hatten nach der Wende 44 % die Ausprägung ihrer Zukunftszuversicht in negativer Richtung verändert (von den weiblichen Panelmitgliedern sogar 48 %), und nur 16 % in positiver Richtung. Der Unterschied zugunsten der negativen Veränderungen ist signifikant.

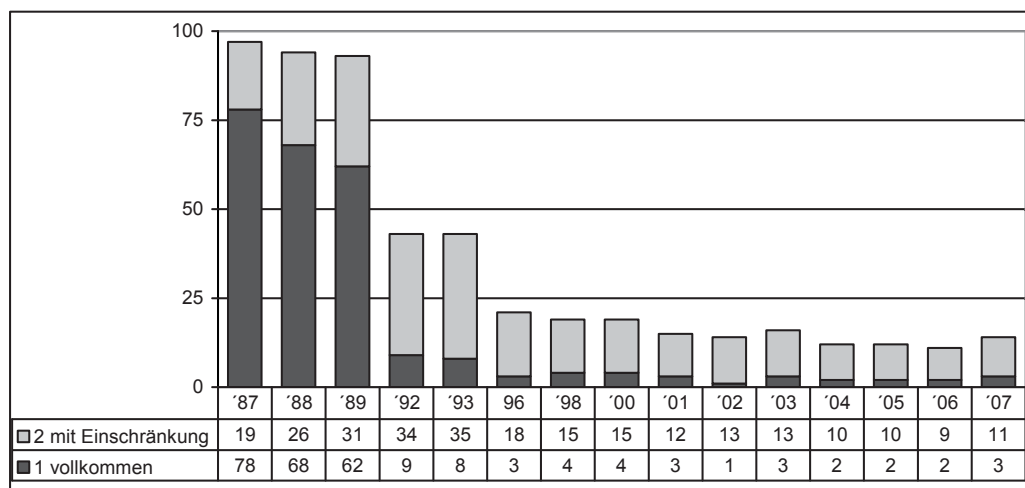
Darüber hinaus zeigt sich, dass die persönliche Zuversicht in ihrer Grundrichtung (erwartungsgemäß) der gesellschaftlichen Zuversicht gefolgt ist: Je weniger zuversichtlich die Panelmitglieder nach dem Systemwechsel die Zukunft der Gesellschaft beurteilten, desto weniger zuversichtlich bewerteten sie auch ihre persönliche Zukunft. Spannend wird in den nächsten Jahren sein, wie sich diese Relationen weiter entwickeln.

Diese überwiegend negativen Erfahrungen prägten von Anfang stark die Haltung der jungen Leute zum neuen System. Alle quantitativen und qualitativen Daten unserer Studie zusammengenommen führen zu der eindeutigen Schlussfolgerung, dass sich bereits in der Wendezeit bei den meisten Panelmitgliedern irreversible kritische bzw. ablehnende Urteile über das neue System herausbildeten und verfestigten.

Von diesen Entwicklungen her betrachtet überrascht nicht, dass nach der Wende auch der Anteil jener Panelmitglieder massiv weiter abgenommen hat, die zuversichtlich sind, persönlich in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: Zuversicht, in der DDR bzw. in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben (1987–2007)

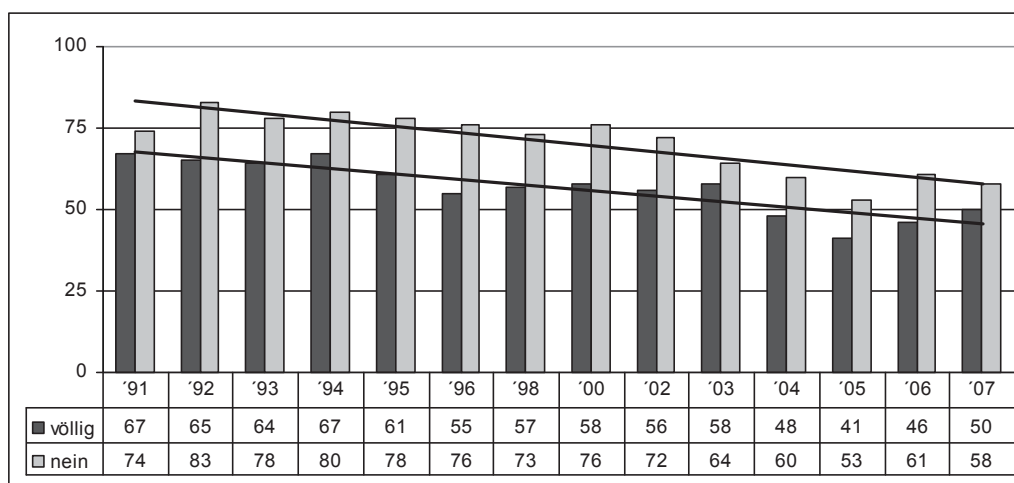
Fragetext:
 1987 bis 1989: Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft.
 Ab 1992: Ich habe in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft.
 Antwortmodell:
 Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen bis 5 überhaupt nicht



Deutlich rückläufig entwickelte sich in diesem gesellschaftlichen Kontext auch die Zuversicht der Panelmitglieder, ihre beruflichen Pläne verwirklichen zu können. Dargestellt ist der Vergleich zwischen jenen, die nach der Wende ihre beruflichen Pläne völlig bzw. gar nicht ändern mussten (Abbildung 5).

Abbildung 5: Vergleich der beruflichen Zukunftszuversicht (1991–2007)*

Fragetext:
 Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft für die Verwirklichung Ihrer beruflichen Pläne?
 Antwortmodell:
 1 sehr zuversichtlich bis 5 überhaupt nicht zuversichtlich



*der Panelmitglieder, die ihre beruflichen Pläne nach der Wende völlig bzw. nicht verändern mussten (Vergleich der Extremgruppen)

Der kontinuierliche Abbau dieser wichtigen Seite der Zukunftszuversicht ist deutlich zu erkennen. Der Rückgang der beruflichen Zukunftszuversicht galt und gilt immer noch vor allem für jene, die damals ihre Pläne völlig verändern mussten (die Unterschiede sind fast durchgehend signifikant), als ein Beleg (u. a.) für die beachtliche Langzeitwirkung derartig gravierender Einflüsse auf die individuelle Lebensplanung über viele Jahre hinweg.

Seit 2002 fragen wir auch danach, wie zuversichtlich die TeilnehmerInnen der Studie die Zukunft ihrer Eltern und ihrer (künftigen) Kinder sehen, seit 2005 auch nach ihren Einschätzungen der Zukunft der heranwachsenden Jugendlichen im Osten. Wir stellen diese in den Kontext ihrer eigenen Zukunftszuversicht:

Tabelle 2: Zukunftszuversicht für die Eltern, die (künftigen) Kinder und die heranwachsenden Jugendlichen im Vergleich mit der eigenen Zuversicht (2002–2007)

Frage­text:

Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft?

Antwortmodell:

1 sehr zuversichtlich bis 5 überhaupt nicht zuversichtlich

Antwortposition	1	2	(1+2)	3	4	5
für Sie persönlich						
2002	11	61	(72)	25	3	0
2003	11	57	(68)	28	4	0
2004	13	59	(72)	23	4	1
2005	10	57	(67)	28	3	2
2006	14	58	(72)	25	3	0
2007	17	52	(69)	28	2	1
für Ihre Eltern						
2002	7	46	(53)	32	12	3
2003	8	44	(52)	31	13	4
2004	9	45	(54)	32	10	4
2005	11	46	(57)	25	14	4
2006	10	44	(54)	30	11	5
2007	13	45	(58)	27	11	4
für Ihre (künftigen) Kinder						
2002	4	36	(40)	38	12	10
2003	4	32	(36)	39	15	10
2004	4	27	(31)	41	18	10
2005	2	25	(27)	45	20	8
2006	5	25	(30)	43	18	9
2007	6	28	(34)	41	19	6
für die Entwicklung der jetzt heranwachsenden Jugendlichen im Osten						
2005	1	4	(5)	34	46	15
2006	1	6	(7)	34	42	17
2007	1	9	(10)	36	40	14

Die Zukunft der Eltern wird nur von der reichlichen Hälfte der Panelmitglieder mehr oder weniger zuversichtlich gesehen, verständlich angesichts der Tatsache, dass zwischen 1990 und 2004 58 % der Väter und/oder Mütter persönliche Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit gemacht haben, sowie der sich weiter verschlechternden Situation der Älteren bzw. der Rentner.

Noch weniger zuversichtlich sehen die Panelmitglieder jedoch die Zukunft ihrer (künftigen) Kinder, eine dramatische Widerspiegelung der unsicheren Zukunftsperspektiven mit gravierenden Auswirkungen bis hin zur Anzahl der gewünschten Kinder: Teilnehmer, die die Zukunft ihrer Kinder (sehr) zuversichtlich sehen, wünschen sich im

Mittel 1,8 Kinder. Teilnehmer, die überhaupt nicht zuversichtlich für ihre Kinder sind, nur 0,9. Je weniger zuversichtlich die Panelmitglieder also die Zukunft ihrer (künftigen) Kinder beurteilen, umso weniger Kinder wünschen sie sich.

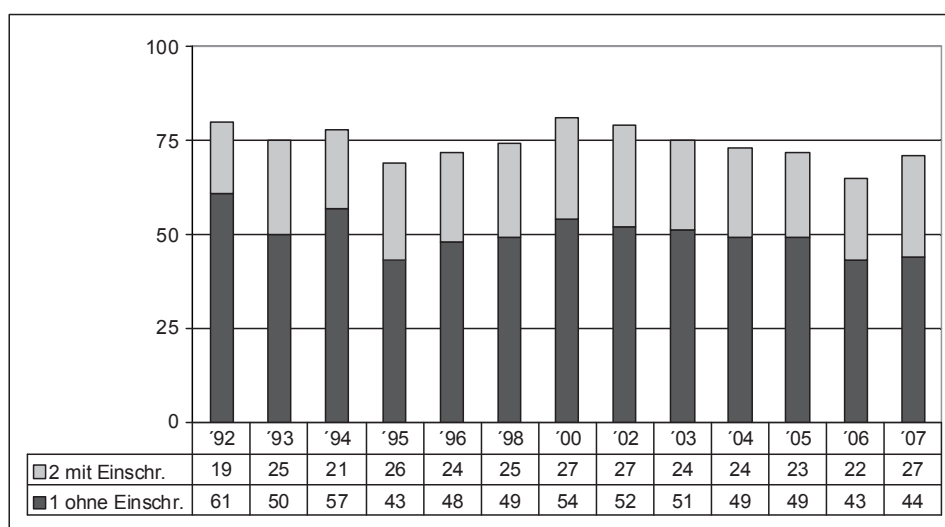
Auch die eigene Zukunftszuversicht ist umso pessimistischer, je weniger zuversichtlich die Zukunft der Kinder betrachtet wird (und umgekehrt). Das ist eine der wichtigsten Erkenntnisse dieser Studie: Offensichtlich messen viele der jungen Erwachsenen das jetzige System vor allem daran, welche Zukunftschancen es ihren eigenen Erfahrungen zufolge den in ihm lebenden Kindern bietet. Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang schließlich auch die Angaben, wie zuversichtlich die 34-Jährigen die Zukunft der jetzt heranwachsenden Jugendlichen im Osten sehen: Nur 10 % äußern sich 2006 positiv, 36 % ambivalent und 54 % negativ. Die Zukunftsaussichten der nächsten jungen Generation sind in ihren Augen nicht besser, sondern erheblich schlechter.

2.2 Einschätzung der Wende und der Wiedervereinigung

Eines der beeindruckendsten Ergebnisse der 20. Welle (2006) bestand darin, dass die Bejahung der Wende signifikant abnimmt (Auswertungen basierend auf dem Item: „Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.“), dieser Trend zeigt sich bereits seit dem Jahr 2000 (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6: Zustimmung zur Wende (1992–2007)*

Fragetext:
Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.
Antwortmodell:
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen bis 5 überhaupt nicht



*Anteil der Panelmitglieder mit einschränkungsloser (AP 1) bzw. eingeschränkter (AP 2)

Schon zwischen 1994 und 1998 kam es zu einem signifikanten und relevanten Abbau dieser Einstellung, Ausdruck der zunehmenden Unzufriedenheit dieser jungen Ostdeutschen mit der wirtschaftlichen Situation im Osten in der Endzeit der schwarz-gelben Regierungskoalition unter Helmut Kohl. Eine ähnlich rückläufige Tendenz ist erneut ab 2000 zu erkennen, d. h. nach dem Regierungswechsel zu Rot-Grün. Diese Entwicklung wurde allerdings auch durch den Wechsel zur Großen Koalition im Herbst 2006 nicht gestoppt, sondern eher verschärft. Insgesamt ist in der Gesamtgruppe der Anteile der Zustimmungen somit signifikant von 80 % im Jahr 1992 auf 65 % im Jahr 2006 bzw. 71 % im Jahr 2007 zurückgegangen, darunter die einschränkungslosen Zustimmungen von 61 % auf 43 % bzw. 44 %. Tabelle 3 zeigt dies für verschiedene Untergruppen.

Tabelle 3: Zustimmung zur Wende 2007

Fragetext:
Es war höchste Zeit, dass das SED-Regime beseitigt worden ist.

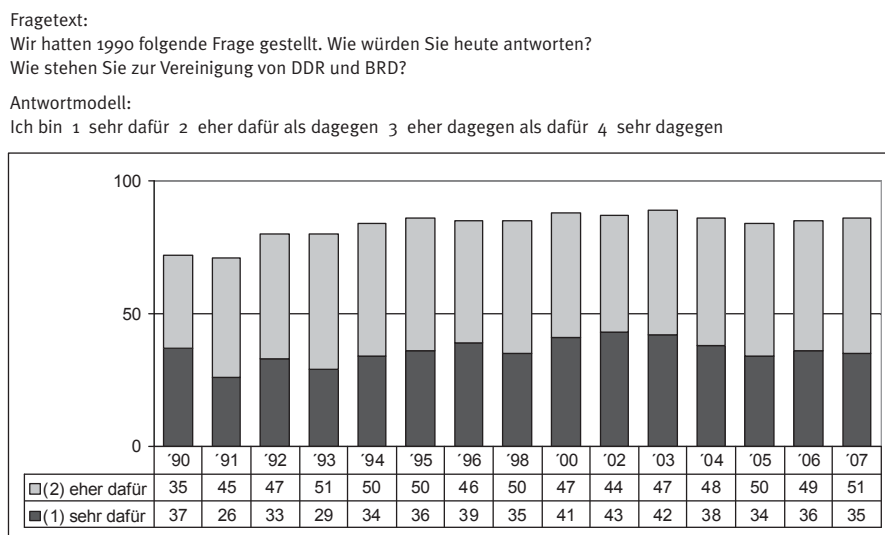
Antwortmodell:
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen bis 5 überhaupt nicht

Antwortposition	1	2	(1+2)	3	4	5	n
Gesamtgruppe	44	27	(71)	20	7	2	378
Geschlecht							
männlich	50	28	(78)	15	6	1	173
weiblich	37	27	(64)	26	7	3	203
Wohnregion							
Lebt im Osten	41	26	(67)	24	6	3	272
Lebt im Westen im/Ausland	48	21	(69)	25	5	1	106
Gesamtdauer bisheriger Arbeitslosigkeit bis 2007							
Null Monate	48	29	(77)	14	6	2	110
1 bis 4 Monate	46	32	(78)	16	3	3	71
5 bis 11 Monate	42	28	(70)	23	5	2	78
12 und mehr Monate	39	21	(60)	27	11	2	119
Zugehörigkeitsgefühl zu Schichten							
Oberschicht	100	0	(100)	0	0	0	5
Mittelschicht	49	20	(69)	23	6	2	307
Unterschicht	19	30	(49)	41	7	3	69

Die 34-jährigen jungen Frauen äußern sich deutlich weniger zustimmend (insbesondere einschränkungslos) zu dieser historischen Zäsur als die Männer. Panelmitglieder, die im Osten leben, stimmen weniger häufig zu als jene, die inzwischen im Westen leben. Die Differenzierung nach der bisherigen, kumulierten Dauer der Arbeitslosigkeit belegt ihren gravierenden Einfluss: Je höher das „persönliche Gesamtkonto“ erfahrener Arbeitslosigkeit seit der Wende, desto geringer ist die Bejahung der Wende. Es überrascht wenig, dass von den 18 % der Panelmitglieder, die sich selbst der Unterschicht zuordnen, lediglich die Hälfte diese historische Zäsur für richtig hält.

Die jetzt 34-Jährigen anerkennen und nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung und ihre berufliche Karriere, nicht zuletzt dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie mit den jetzigen gesellschaftlichen Verhältnissen vollkommen einverstanden sind. Der Frage nach der Vereinigung der DDR und BRD stimmt im Zeitverlauf die überwiegende Mehrheit der Befragten zu. Im Jahr 1991 war allerdings ein signifikanter Einbruch mit einem tendenziellen Anstieg bis 2003 zu verzeichnen. Seit 2004 sind die Zahlen leicht rückläufig (vgl. Abbildung 7).

Abbildung 7: Grundeinstellung zur deutschen Einheit (1990–2007)*



*Antwortpositionen: 1 (sehr dafür) und 2 (eher dafür)

Trotz der überwiegenden Zustimmung zur Einheit werden ihre Folgen noch immer ambivalent beurteilt. Die Mehrheit der Panelmitglieder reflektiert seit 1992 mit hoher Konstanz sowohl positive als auch negative Veränderungen (vgl. Abbildung 8):

Abbildung 8: Urteile über die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung (1992–2006)

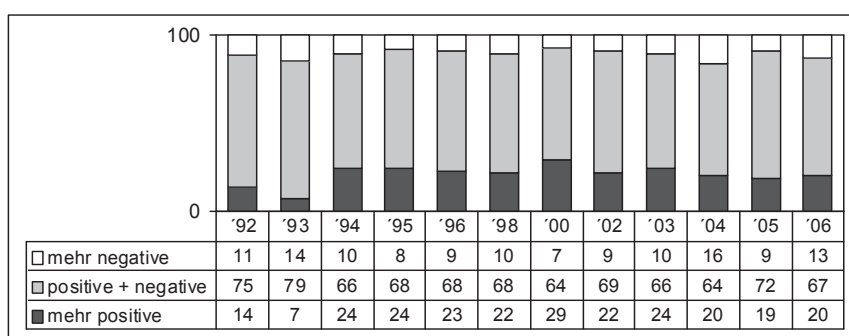
Fragetext:

Wenn Sie die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung bilanzieren: Gab es mehr positive oder mehr negative Veränderungen?

Antwortmodell:

Insgesamt gesehen gab es in Ostdeutschland:

1 mehr positive Veränderungen, 2 sowohl positive als auch negative, 3 mehr negative Veränderungen



Der bis 2000 erkennbare zunehmende Trend zur Auffassung, es gäbe mehr positive Veränderungen, ist inzwischen wieder rückläufig, wahrscheinlich nicht zuletzt vor dem Hintergrund der immer deutlicher zu Tage tretenden wirtschaftlichen Krise in Ostdeutschland. Die Quote jener, die mehr negative Veränderungen reflektieren, schwankt zwischen 7 % und 16 %. Die Mehrheit differenziert jedoch recht deutlich zwischen positiven und negativen Veränderungen (Werte zwischen 79 % und 64 %).

Die mehrheitliche Bejahung der deutschen Einheit ist nicht identisch mit der Zustimmung zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem. Daran hat sich bis 2007 nichts geändert. Bestand Anfang der 90er Jahre noch eine hohe positive Korrelation zwischen beiden, konnte man von der Bejahung der Einheit also auch auf eine Bejahung des Gesellschaftssystems schließen, hat sich diese Beziehung inzwischen erheblich gelockert; selbst aus uneingeschränkter Zustimmung der Panelmitglieder zur deutschen Einheit kann nicht kausal auf deren vollkommene Systemzufriedenheit geschlossen werden. 1992 war das zwar noch bei 69 % der Fall, ging danach jedoch deutlich zurück. 2006 waren von jenen, die die deutsche Einheit uneingeschränkt bejahten, lediglich 47 % zugleich sehr zufrieden bzw. zufrieden mit dem politischen System, 2007 sind es 50 %.

Das jetzige Gesellschaftssystem wird auch fast zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung mehrheitlich skeptisch oder kritisch betrachtet, in jüngster Zeit sogar mit deutlich zunehmender Tendenz:

Tabelle 4: Zufriedenheit mit der Gesellschaft 2007*

Frage­text:
Wie zufrieden sind Sie mit dem folgenden?

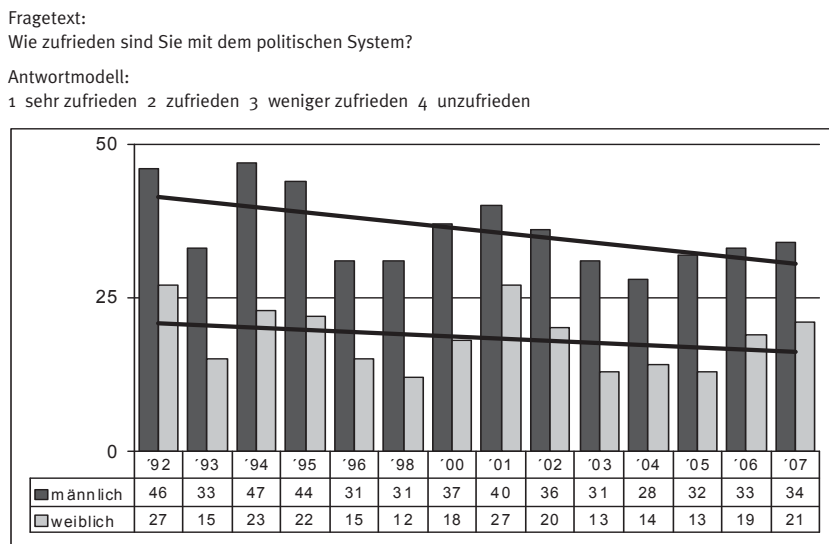
Antwortmodell:
1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

Antwortposition	1	2	(1+2)	3	4
mit der Demokratie mit der jetzigen Wirtschaftsordnung	2	36	(38)	47	15
mit dem politischen System in der BR Deutschland	1	26	(27)	53	20
mit der Bildungspolitik	0	13	(13)	45	42
mit der Sozialpolitik	1	11	(12)	52	36
mit der Lohnpolitik in Ostdeutschland	1	10	(11)	39	50
mit der Gesundheitspolitik	0	9	(9)	48	43
mit der Familienpolitik	1	13	(14)	50	36
mit der Arbeitsmarktpolitik	0	3	(3)	34	63
mit der Rentenpolitik	0	8	(8)	41	51
mit der Außenpolitik (2006)	4	47	(51)	37	12

*Ergebnisse aus der 21. Welle (2007)

Je mehr Daten mit zunehmender Dauer einer Panelstudie zur Verfügung stehen, desto klarer tritt die generelle Richtung/Tendenz der Veränderungen hervor: Von der Außenpolitik abgesehen (zuletzt 2006 erfasst), überwiegt die Unzufriedenheit der jungen Erwachsenen mit grundlegenden Aspekten der Politik bei weitem. Das gilt in besonderem Maße für die gegenwärtige Wirtschaftsordnung, das politische System und die Demokratie, proklamier­te Grundlagen der jetzigen Ordnung. Der Prozentanteil der mit der Wirtschaftsordnung mehr oder weniger stark zu­friedenen Panelmitglieder hat zu keinem Befragungszeitpunkt die 50 %-Marke erreicht, sehr zufrieden ist faktisch keiner. Ähnliches gilt für die Zufriedenheit mit dem politischen System (vgl. Abbildung 9).

Abbildung 9: Zufriedenheit mit dem politischen System (1992–2007)*



*Zusammengefasste Anteile sehr starker (1) und starker Zufriedenheit (2)

Der Anteil systemzufriedener Panelmitglieder ging zu keinem Zeitpunkt über ein reichliches Drittel hinaus, nur wenige davon sind sehr zufrieden. Das bisherige Maximum der Zufriedenheitsquote im Rahmen unserer Analysen betrug 36 % (1992). Zwischen 1994 und 1998 war ein signifikanter Abwärtstrend zu erkennen. Die erneute leichte

Zunahme der Systemzufriedenheit nach dem Regierungswechsel 1998, ablesbar an den Werten für 2000 und 2001, weicht ab 2002 wieder einem deutlichen Negativtrend. 2006, nach der vorgezogenen Bundestagswahl im Herbst 2005, sind lediglich 25 % mit dem politischen System zufrieden, davon nur wenige einschränkungslos. 2007 werden 27 % erreicht, davon sind wiederum nur einzelne sehr zufrieden.

Diese Daten lassen erkennen, dass keine größeren Veränderungen bezüglich der Identifikation mit dem System stattgefunden haben, sondern stattdessen von Anfang an (hier ab 1992) ablehnende Wertungen überwogen. Von ursprünglicher Euphorie ist (auch) bei diesem Jahrgang kaum etwas zu bemerken. Das stellt sich aber erst anhand längsschnittlicher Analysen bei identischen Personen im Zeitverlauf heraus. Die Ergebnisse unterstreichen erneut die von uns schon mehrfach begründete Notwendigkeit, bei Untersuchungen zur Entwicklung bzw. Veränderung der Haltung Ostdeutscher zum Transformationsprozess bzw. zur DDR (einschließlich der so genannten DDR-Nostalgie) die Ausgangsbedingungen dieses Wandels mit einzubeziehen, d. h. auch das Denken und Fühlen der Menschen vor und während der Wende, sowie die für viele katastrophalen Veränderungen infolge des Systemwechsels.

Sowohl in Bezug auf die jetzige Wirtschaftsordnung als auch auf die politische Legitimität des Systems sind die Frauen des Panels noch erheblich kritischer als die Männer (vgl. Abbildung 9). Die Unterschiede sind über den gesamten Zeitraum hinweg signifikant und relevant. Während bei den Frauen die anfänglich kritische Haltung erhalten geblieben ist, ist bei den Männern gegenüber Anfang der 90er Jahre eine deutliche Abnahme der Zufriedenheit erkennbar.

Die Zufriedenheit mit dem politischen System fällt um so geringer aus, je geringer die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung ist. Je zufriedener die Panelmitglieder 2007 mit der Wirtschaftsordnung sind, desto zufriedener sind sie auch mit dem politischen System und umgekehrt. Mit beiden Aspekten sind 2007 21 % mehr oder weniger zufrieden. Auf die These: „Der Kapitalismus ist das beste Wirtschaftssystem, das die Geschichte bisher hervorgebracht hat“ antworten 2005 und 2006 jeweils 69 %, dass dies kaum bzw. gar nicht ihrer Meinung entspricht, 2007 ist die Zahl gesunken auf 56 %, 31 % äußern sich ambivalent. Wiederum sind die Frauen erheblich kritischer als ihre männlichen Altersgefährten.

Zu allen Zeitpunkten schwach entwickelt ist die Zufriedenheit mit der Demokratie, welche seit 1996 erfragt wird. Tabelle 5 zeigt wesentliche Häufigkeiten und Zusammenhänge.

Tabelle 5: Zufriedenheit mit der Demokratie 2007

Fragetext:
Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie?

Antwortmodell:
1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

Antwortposition	1	2	(1+2)	3	4
Gesamtgruppe	2	36	(38)	47	15
Geschlecht					
Männlich	4	42	(46)	42	12
Weiblich	0	31	(31)	52	17
Wohnregion					
Lebt im Osten	2	34	(36)	48	16
Lebt im Westen	4	41	(45)	47	8
Qualifikation (Hauptgruppen)					
Hochschule/Promotion	8	47	(55)	37	8
Fachschule	0	39	(39)	47	14
Facharbeiter/in	1	28	(29)	53	18
Schichtestufungen					
Zählt sich zur „Mittelschicht“	2	38	(40)	46	14
Zählt sich zur „Unterschicht“	2	26	(28)	55	17

38 % der 34-Jährigen sind mit der Demokratie zufrieden, allerdings fast alle von ihnen mit Einschränkung. Die Frauen äußern sich erheblich weniger positiv als die Männer, Panelmitglieder im Westen sind etwas zufriedener. Höher Qualifizierte sind deutlich häufiger zufrieden als weniger Qualifizierte. Das betrifft insbesondere Panelmitglieder, die mit Abschluss studiert haben. Sehr geringe Zufriedenheit ist bei jenen festzustellen, die sich der Unterschicht zurechnen. Eine entscheidende Einflussgröße ist die eigene Erfahrung politischer Partizipation: Von denen, die diese Erfahrung gemacht haben, sind auch die meisten (73 %) mit der Demokratie zufrieden. Allerdings ist die Gruppe mit 11 % ziemlich klein.

Nur Minderheiten äußerten sich im Untersuchungszeitraum mehr oder weniger positiv über die Sozialpolitik. Die bisher höchste Prozentquote der zufriedenen Panelmitglieder betrug im Jahr 1995 19 %. Die folgende Abbildung 10 zeigt den zeitlichen Verlauf.

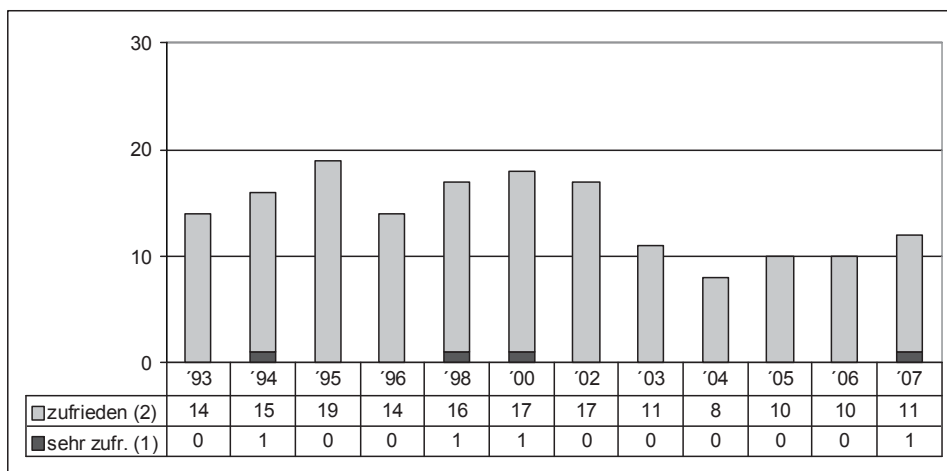
Abbildung 10: Zufriedenheit mit der Sozialpolitik (1993–2007)*

Fragetext:

Wie zufrieden sind Sie mit der Sozialpolitik?

Antwortmodell:

1 sehr zufrieden 2 zufrieden 3 weniger zufrieden 4 unzufrieden



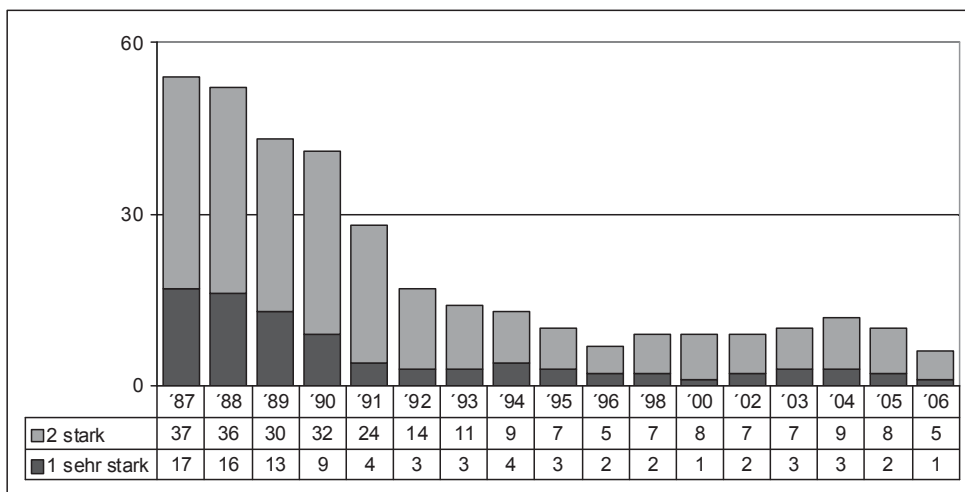
*Anteile sehr starker (1) bzw. starker Zufriedenheit (2)

2005 und 2006 betrug die Zufriedenheit nur noch 10 %, der Wert für 2007 stellt statistisch keine Verbesserung dar.

Symptomatisch für die Veränderungen des politischen Bewusstseins der jungen Ostdeutschen ist der gravierende Rückgang ihrer Bereitschaft zur politischen Partizipation. Dazu liegen im Rahmen einer umfangreichen Liste von Lebenszielen Daten seit 1987 bis zum Jahr 2006 vor, einige werden in den folgenden Abbildungen dargestellt.

Abbildung 11: Bedeutsamkeit der Orientierung „aktiv am politischen Leben teilnehmen“ (1987–2006)*

Fragetext:
Wie bedeutsam ist das Lebensziel für Sie: aktiv am politischen Leben teilnehmen?
Antwortmodell:
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam bis 5 überhaupt nicht bedeutsam



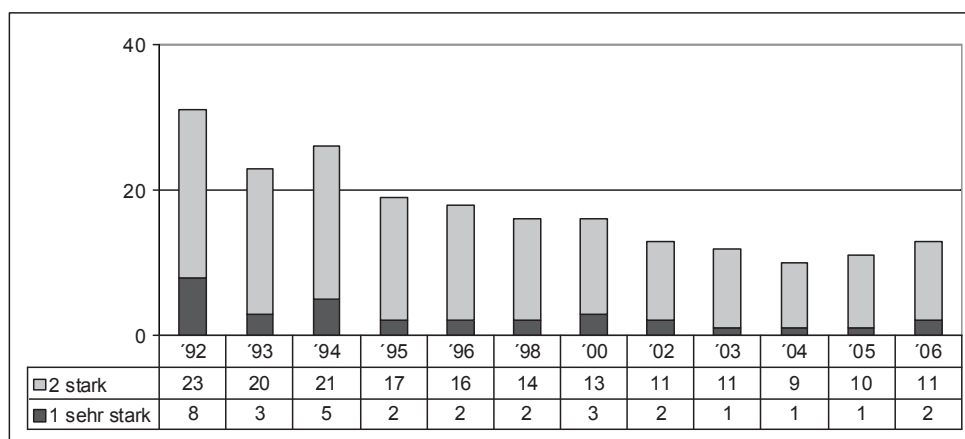
*Antwortvorgaben „sehr bedeutsam“ (1) und „bedeutsam“ (2)

Die Bereitschaft der Panelmitglieder am politischen Leben aktiv teilzunehmen, hatte bereits vor der Wende deutlich abgenommen, Ausdruck ihrer zunehmend kritischen Haltung gegenüber dem politischen System in der DDR. Dieser Abwärtstrend hielt jedoch nach der Wende (genauer ab 1991, 1990 wollten sich immerhin noch 41 % aktiv politisch betätigen) weiter an, ist sogar geradezu abgestürzt und kann als Ausdruck erneuter Verweigerung eines großen Teils der jungen Ostdeutschen auch gegenüber dem neuen gesellschaftlichen System interpretiert werden.

Die politische Verweigerung äußert sich auch im drastischen Rückgang der Orientierung darauf, in die „oberen Schichten der Gesellschaft“ aufsteigen zu wollen (Abbildung 12).

Abbildung 12: Bedeutsamkeit der Lebensorientierung „in die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen“ (1992–2006)*

Fragetext:
Wie bedeutsam ist das Lebensziel für Sie: In die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen?
Antwortmodell:
Das ist für mein Leben 1 sehr bedeutsam bis 5 überhaupt nicht bedeutsam



*Antwortpositionen „sehr bedeutsam“ (1) und „bedeutsam“ (2)

Der Anteil der jungen Leute, die aufsteigen, zur Elite der jetzigen Gesellschaft gehören wollen, ist stark rückläufig, dazu auf einem niedrigen Niveau. Wollten 1992 immerhin noch 31 % in die oberen Schichten aufsteigen, ging dieser Anteil im Jahr 2006 auf 13 % (Frauen: 10 %) zurück. Eine Ursache ist die zunehmende Distanz dieser jungen Leute gegenüber dem jetzigen System und seiner Elite, aber möglicherweise auch die Erfahrung, als Ostdeutscher kaum Chancen zu haben, in die 18 Jahre nach der Vereinigung noch immer vorwiegend von Westdeutschen dominierte gesellschaftliche Elite aufzusteigen. Mit der abnehmenden Neigung zu Aufstieg und Prestigegewinn versiegt zugleich eine bedeutende Quelle der Identifikation mit den Werten und Normen der jetzigen Gesellschaft, ein wahrscheinlich unterschätzter Einflussfaktor.

Vor allem die seit 2000/2001 vorliegenden Ergebnisse lassen deutlich erkennen, dass die Panelmitglieder nicht nur punktuell Kritik an dieser oder jener Seite der gesellschaftlichen Wirklichkeit üben, sondern dem Kapitalismus als System skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Das soll anhand der Ergebnisse aus den letzten drei Jahren noch weiter belegt werden: Lediglich 25 % der Panelmitglieder vertraten 2005 mehr oder weniger stark die Auffassung, dass die Menschen im jetzigen System erstmals wirklich frei sind, 36 % äußerten sich dazu ambivalent, 39 % ablehnend. 2006 wurde diese Frage nicht gestellt. Mit 7 % stimmten 2007 noch weniger zu, dass das jetzige System Freiheit für alle bedeutet, 68 % verneinen das (weiblich: 73 %). Der Trend ist im Zeitverlauf rückläufig. 28 % stimmten 2007 zu, dass im jetzigen System die Menschenrechte geachtet werden, 43 % äußern sich hierzu ambivalent, 29 % ablehnend. Auffällig sind wiederum die sehr kritischen Auffassungen der Frauen hierzu. Auch hier ist die Tendenz von 2004 zu 2007 regressiv.

Die Distanz der 34-Jährigen gegenüber dem jetzigen System kulminiert in weit verbreiteten Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit und in der nur von einer Minderheit geäußerten Hoffnung, dass dieses System für immer Bestand haben möge. Tabelle 6 zeigt den Zeitverlauf über die letzten Jahre.

Tabelle 6: Grundeinstellungen zum jetzigen Gesellschaftssystem (2000–2007)

Das entspricht 1 meiner Meinung vollkommen bis 5 überhaupt nicht

Die Angaben nach Geschlecht getrennt stammen aus der letzten Befragung 2007.

Antwortposition	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)
a) Das jetzige Gesellschaftssystem wird die dringenden Menschheitsprobleme lösen.							
2000	1	9	(10)	30	32	28	(60)
2001	1	5	(6)	28	32	34	(66)
2002	0	5	(5)	28	34	33	(67)
2003	1	3	(4)	26	34	36	(70)
2004	0	2	(2)	17	38	43	(81)
2005	0	2	(2)	20	34	44	(78)
2006	0	2	(2)	17	36	45	(81)
2007	0	5	(5)	22	38	35	(73)
männlich	1	7	(8)	23	31	38	(69)
weiblich	0	4	(4)	19	43	34	(77)
b) Das jetzige Gesellschaftssystem ist das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell.							
2000	0	7	(7)	33	29	31	(60)
2001	1	14	(15)	38	26	21	(47)
2002	1	6	(7)	31	32	30	(62)
2003	1	5	(6)	32	28	34	(62)
2004	1	5	(6)	22	30	42	(72)
2005	1	4	(5)	21	32	42	(74)
2006	1	6	(7)	22	29	42	(71)
2007	0	5	(5)	27	31	37	(68)
männlich	0	7	(7)	31	29	33	(62)
weiblich	0	3	(3)	23	34	40	(74)
c) Ich hoffe, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleibt.							
2001	3	15	(18)	43	21	18	(39)
2002	1	11	(12)	38	25	25	(50)
2003	1	10	(11)	32	27	30	(57)
2004	1	8	(9)	30	24	37	(61)
2005	0	6	(6)	29	27	38	(65)
2006	2	9	(11)	27	27	35	(62)
2007	0	9	(9)	33	27	31	(58)
männlich	1	12	(13)	38	22	27	(49)
weiblich	0	6	(6)	28	31	35	(66)
d) Ich bin froh, heute in einem kapitalistischen Deutschland zu leben.							
2005	2	13	(15)	42	26	17	(43)
2006	3	12	(15)	46	22	17	(39)
2007	2	14	(16)	44	21	19	(40)
männlich	3	20	(23)	43	19	15	(34)
weiblich	0	9	(9)	44	24	23	(47)
e) Der Kapitalismus ist das beste Wirtschaftssystem, das die Geschichte bisher hervorgebracht hat.							
2005	3	6	(9)	22	29	40	(69)
2006	3	5	(8)	23	30	39	(69)
2007	3	10	(13)	32	25	30	(55)
männlich	5	17	(22)	31	24	23	(47)
weiblich	2	3	(5)	31	27	37	(64)
f) Im Mittelpunkt des jetzigen Systems steht das Wohl der einfachen Menschen.							
2006	0	2	(2)	11	33	54	(87)
2007	1	1	(2)	17	29	52	(81)
männlich	0	1	(1)	20	27	51	(78)
weiblich	1	1	(2)	14	30	54	(84)
g) Der Kapitalismus ist das gerechteste Gesellschaftssystem, das man sich vorstellen kann.							
2007	1	2	(3)	18	28	51	(79)
männlich	2	3	(5)	21	29	45	(74)
weiblich	0	1	(1)	15	27	57	(84)
h) Ich hoffe, dass auch meine (künftigen) Kinder im jetzigen System aufwachsen.							
2006	3	12	(15)	31	27	27	(54)
2007	2	14	(16)	39	23	22	(45)

Die Daten zeigen, dass auch 2007 nur sehr wenige Panelmitglieder daran glauben, dass das jetzige Gesellschaftssystem die dringenden Menschheitsprobleme lösen wird. Der Anteil derer, die das jetzige Gesellschaftsmodell als das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell ansehen, stieg zwar Ende 2001 (die Untersuchung fand kurz nach den Ereignissen vom 11. September statt) leicht an, ging 2002 jedoch wieder zurück und bleibt bis 2006 gering. Den Wunsch, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleiben möge, haben im Sommer 2006 nur 11 %, 62 % erhoffen das Gegenteil, 27 % äußern sich ambivalent. Froh, heute in einem kapitalistischen Deutschland zu leben, sind lediglich 15 % der 34-Jährigen, dabei 22 % der Männer gegenüber 9 % der Frauen. Der These, dass der Kapitalismus das bisher beste Wirtschaftssystem sei, stimmen im Jahr 2007 13 % zu, 55 % sehen das völlig anders.

Lediglich 2 % meinen, dass der einfache Mensch im Mittelpunkt des jetzigen Systems stehen würde, 81 % widersprechen dem. So verwundert es auch nicht, dass nur 3 % den Kapitalismus mehr oder weniger für das gerechteste Gesellschaftssystem halten, das man sich vorstellen kann. 79 % stellen das in Frage. Nur 15 % hoffen darauf, dass auch ihre Kinder im jetzigen System aufwachsen, über die Hälfte erhofft das nicht.

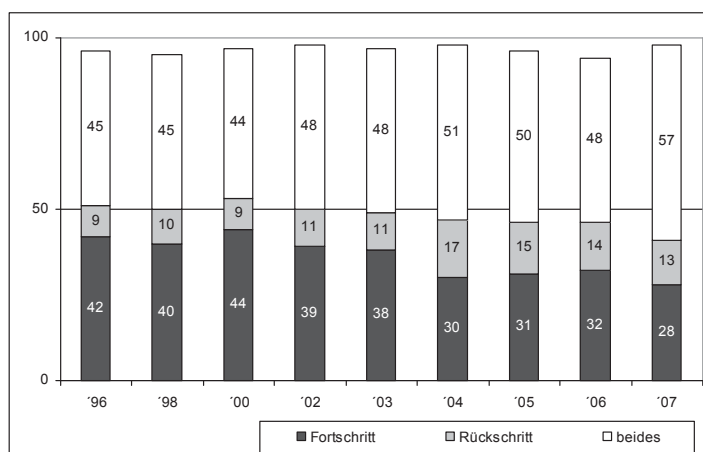
Die zunehmend kritische Sicht der 34-Jährigen auf die heutige Freiheitsrhetorik geht auch aus der Tatsache hervor, dass der Anteil derer, die meinen, dass Freiheit und Arbeitslosigkeit einander ausschließen, noch immer beträchtlich ist: Auf die Frage „Welchem der beiden Standpunkte würden Sie sich am ehesten anschließen? 1) Für mich ist entscheidend, dass ich in Freiheit leben kann, bei allen Problemen, die es jetzt vor allem durch die hohe Arbeitslosigkeit gibt. Oder 2) Freiheit nützt mir nichts, wenn ich keine Arbeit habe. (o Das ist schwer zu sagen.)“ war mit Ausnahme von 2001 und 2002 die Quote derer, für die ohne Arbeit keine Freiheit existiert, stets größer als der Anteil jener, die meinen, dass sich beides nicht widerspricht. 2007 wird mit 53 % (60 % der Frauen) der bisher höchste Anteil derer erreicht, die den Widerspruch artikulieren (Antwort 2).

Skepsis bzw. Kritik der Panelmitglieder gegenüber dem Gesellschaftssystem widerspiegeln sich nicht zuletzt in ihrem Urteil darüber, ob es sich bei den Veränderungen seit der Wende grundsätzlich eher um einen Fortschritt oder eher um einen Rückschritt handelt. Dazu liegen Trenddaten seit 1996 vor, die in Abbildung 13 gezeigt werden.

Abbildung 13: Beurteilung der gesellschaftlichen Entwicklung (1996–2007)*

Fragetext:
Bewerten Sie die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende grundsätzlich eher als Fortschritt oder eher als Rückschritt?

- 1 eher als Fortschritt 2 eher als Rückschritt 3 teils als Fortschritt, teils als Rückschritt
- o Das ist schwer zu sagen



*Abb. ohne die sehr schwach besetzte Position o (2007: 2 %)

Die Beurteilung der gesellschaftlichen Entwicklung wird von mehr als der Hälfte (57 % im Jahr 2007) differenziert sowohl als Fort-, als auch als Rückschritt betrachtet. Der Anteil derer, die die Entwicklung in Ostdeutschland von ihren Erfahrungen her eher ausschließlich als Fortschritt betrachten, ist im Zeitverlauf signifikant von 42 % 1996 auf 28 % 2007 zurückgegangen. In der Tendenz werden diese Ergebnisse von den Angaben zur Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung bestätigt (vgl. Abbildung 14). Nach einer kurzfristigen Zunahme der Zufriedenheit 2000 und 2002 (nach dem Regierungswechsel zu Rot-Grün) verläuft die Entwicklung danach regressiv, sowohl in der Gesamtgruppe als auch in den Geschlechtergruppen, bei den jungen Frauen auf einem deutlich niedrigeren Niveau als bei den jungen Männern.

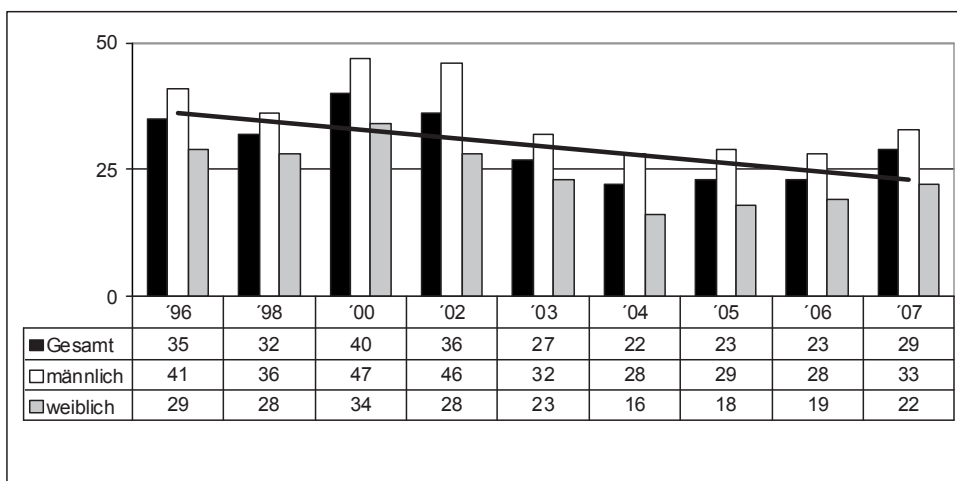
Abbildung 14: Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung (1996–2007)*

Fragetext:

Wie zufrieden sind Sie mit der gesellschaftlichen Entwicklung?

Antwortmodell:

1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden 3 eher unzufrieden als zufrieden 4 unzufrieden



*Die AP 1 und 2 wurden zusammengefasst; die Trendlinie bezieht sich auf die Gesamtgruppe

2.3 DDR-Nostalgie

Die emotionalen Beziehungen der Panelmitglieder zur untergegangenen DDR stehen von der ersten Welle nach der Wende an (4. Welle Frühjahr 1990, vor dem Beitritt) mit im Mittelpunkt der Studie. Inzwischen liegt eine Fülle von sowohl quantitativen als auch qualitativen Ergebnissen vor. Sie dokumentieren, dass bei den Studienteilnehmerinnen der Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger weitaus komplizierter und langwieriger verläuft, als dies auch von uns selbst nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik erwartet wurde (vgl. u. a. Friedrich & Förster 1991, 1994). Methodisch sind wir bei den Befragungen so vorgegangen, dass bewusst keine Alternativen bzw. Präferenzen zwischen den interessierenden kollektiven Identitäten vorgegeben wurden, sondern jede Seite einzeln beurteilt werden sollte, um ihre Zusammenhänge untereinander (Strukturen) und mit anderen Merkmalen sowie ihre Trends analysieren zu können.

Wir konzentrieren uns im Folgenden auf die Identifikation der Panelmitglieder mit der DDR bzw. mit der BRD im Jahr 2007. Abbildung 15 zeigt die beiden Einstellungen im Trend. Betrachtet man die Verteilungen in ausgewählten Gruppen, so zeigt sich ein deutlich negativer Einfluss längerer Arbeitslosigkeit bzw. bestehender Ängste auf die Identifikation mit der BRD (nicht aber mit der DDR). Darüber hinaus ist die Identifikation umso geringer, je niedriger die persönliche und berufliche Zukunftszuversicht ist:

Abbildung 15: Verbundenheit mit der DDR und mit der Bundesrepublik (1990–2007)*

Fragetext:

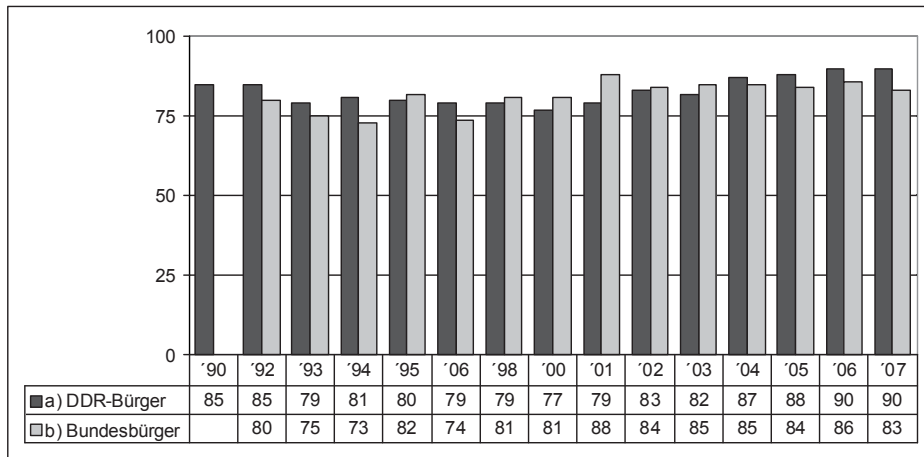
Als was fühlen Sie sich?

a) als Bürger (in) der ehemaligen DDR

b) als Bürger (in) der Bundesrepublik

Antwortmodell:

1 ja, vollkommen 2 ja, etwas schon 3 nein, eigentlich nicht 4 nein, absolut nicht



*Die Antwortpositionen 1 und 2 wurden in der Darstellung zusammengefasst.

Die Verbundenheit der Panelmitglieder mit der Bundesrepublik hat sich zwischen 1992 und 2007 faktisch kaum verändert. Lediglich Ende 2001, d. h. wenige Wochen nach den Ereignissen vom 11. September, deutete sich ein leichter Zuwachs an, der jedoch im Frühsommer 2002 wieder verschwunden war. Außerdem war 2006 gegenüber 2005 ein zwar signifikanter, aber nur geringer Zugewinn von 83 % auf 86 % zu verzeichnen. Der leichte Rückgang 2007 gegenüber 2006 ist nicht signifikant. Andererseits war die Verbundenheit mit der untergegangenen DDR im Untersuchungszeitraum 1990 (Frühjahr, noch vor dem Beitritt) bis 1996 trotz des gewachsenen Abstandes zu ihrem Untergang nur tendenziell rückläufig, um danach wieder zuzunehmen. 2006 und 2007 werden mit jeweils 90 % die bisher größten Quoten derer erreicht, die sich nach wie vor als DDR-Bürger fühlen. Das sind in den beiden Jahren signifikant mehr als jene, die sich als Bundesbürger fühlen. Interessant ist in diesem Kontext auch die politische Identifikation mit der Bundesrepublik in den Jahren 2000 bis 2007, welche in Abbildung 16 dargestellt wird.

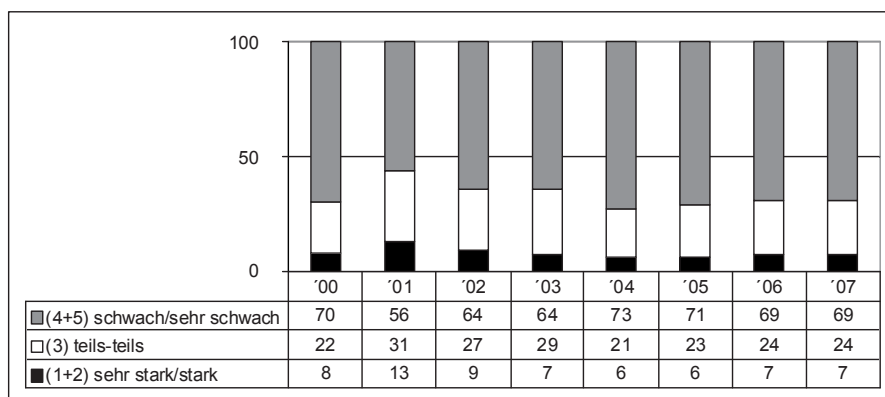
Abbildung 16: Politische Identifikation mit der Bundesrepublik (2000–2007)

Fragetext:

Ich fühle mich politisch eng mit der Bundesrepublik verbunden

Antwortmodell:

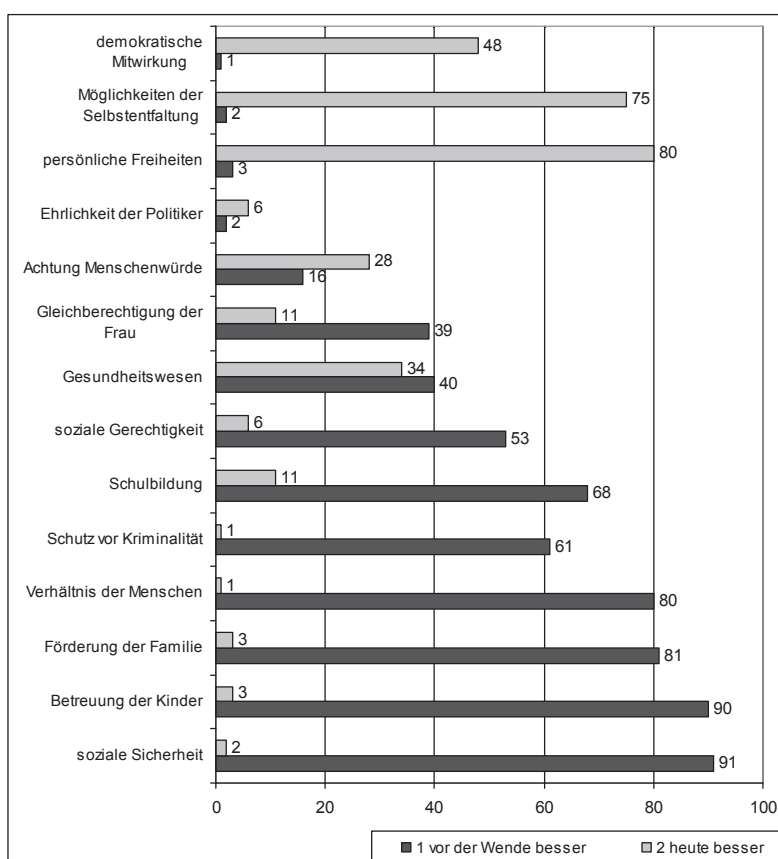
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen bis 5 überhaupt nicht



7 % der 34-Jährigen fühlen sich im Jahr 2007 politisch mit der Bundesrepublik verbunden, darunter ein Prozent einschränkungslos, 69 % fühlen sich politisch nicht verbunden, von den jungen Frauen deutlich mehr als von den jungen Männern: 75 % gegenüber 60 %. Dabei gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen jenen Panelmitgliedern die in den alten bzw. neuen Bundesländern leben. Aber auch hier zeigt sich wieder ein Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit: Je stärker die Angst vor Arbeitslosigkeit, desto geringer die politische Verbundenheit mit der Bundesrepublik. Bemerkenswert ist auch, dass aus der zwischen 1987 und 1989 deutlich zunehmenden kritischen Haltung der Panelmitglieder gegenüber der DDR keine politische Identifikation mit der Bundesrepublik resultierte. Ein Viertel der Panelmitglieder betrachtet die Bundesrepublik als ihr Vaterland. Dabei sind auch hier die Frauen wieder zurückhaltender als die Männer (17 % Zustimmung bei den Frauen zu 37 % bei den Männern). Ob die Panelmitglieder im Osten oder im Westen leben, spielt ebenso wenig eine Rolle wie die Wohndauer im Westen. Aufschlussreich ist auch: Je unsicherer der Arbeitsplatz ist, desto weniger wird die BRD als Vaterland erlebt.

Eine gewichtige Ursache der anhaltenden Verbundenheit der PanelteilnehmerInnen mit der DDR zeigt der Systemvergleich DDR – heutige Bundesrepublik auf. Dies wird mit der Fragestellung: „Vergleichen Sie bitte auf einigen Gebieten des Lebens die Situation damals in der DDR vor der Wende und heute in Ostdeutschland.“ Als Antworten sind möglich: 1 war es vor der Wende besser, 2 ist es heute besser, 3 gibt es kaum einen Unterschied und 0 das kann ich nicht beurteilen. Die folgende Abbildung 17 zeigt Ergebnisse aus der 21. Erhebung (2007).

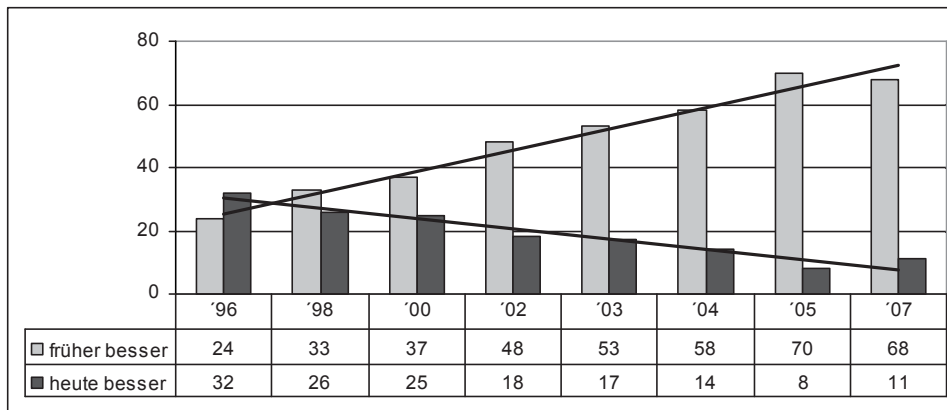
Abbildung 17: Systemvergleich 2007



Zu vielen dieser Aspekte liegen Trends vor, so beträgt der Anteil der Panelmitglieder, die meinen, dass die soziale Sicherheit vor der Wende besser gewesen wäre, als heute im Trend 1993 bis 2007 zwischen 90 und 94 %, der Anteil derer, bezogen auf das Verhältnis der Menschen untereinander, zwischen 78 und 83 %, der Anteil derjenigen, die meinen, dass die Betreuung der Kinder vor der Wende besser gewesen wäre, als heute, zwischen 85 und

91 %, sowie der Anteil derjenigen, die dies bzgl. der Förderung der Familie meinen, zwischen 74 und 84 %. Aufschlussreich ist auch die Beurteilung der Schulbildung, die mit den vielen kritischen Notizen zum jetzigen Schulsystem in den offenen Fragen übereinstimmt:

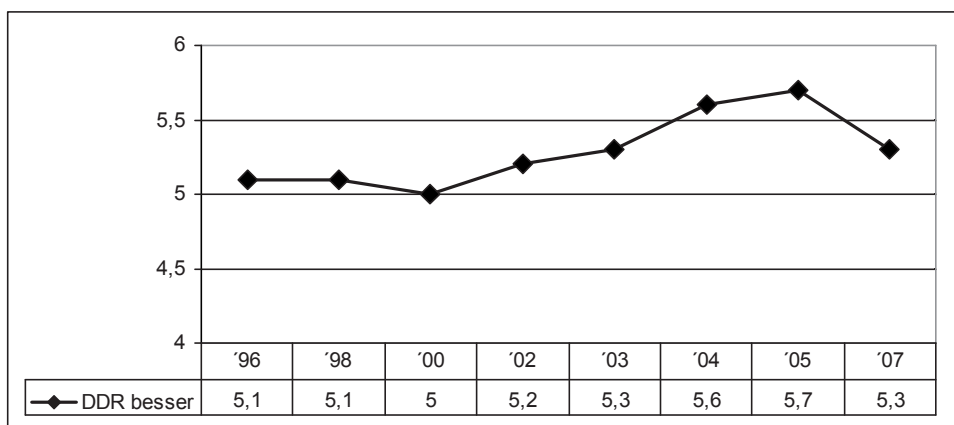
Abbildung 18: Urteile zur Schulbildung (1996–2007)*



*Angaben in Prozent der Panelmitglieder

Aus den Aspekten soziale Sicherheit, Schutz vor Kriminalität, Verhältnis der Menschen untereinander, Schulbildung, Förderung der Familie, Betreuung der Kinder, soziale Gerechtigkeit und Gesundheitswesen/medizinische Betreuung wurde der Index „Soziale Aspekte“ gebildet, welcher seit der 12. Welle (1996) die Veränderungen abbildet. Für jede Nennung der Antwortposition „vor der Wende besser“ wurde ein Punkt vergeben, die Skala umfasst somit max. 8 Punkte: Je größer der Mittelwert, desto häufiger wurde die Situation in der DDR in sozialer Hinsicht als besser beurteilt. Abbildung 19 zeigt die Mittelwerte im Trend zwischen 1996 und 2007:

Abbildung 19: Mittelwerte des Indexes „Früher besser“ (1996–2007)*



*Angaben auf einer Skala von 0 (Minimum) bis 8 (Maximum) Punkten

Je stärker die wesentlichen sozialpolitischen Aspekte in der DDR in ihrer Summe („soziale Aspekte“) als besser gegenüber heute erinnert werden, desto stärker ist die heutige Verbundenheit mit ihr (und umgekehrt). Die faktisch unverändert positive Würdigung dieser Seite der DDR, die den (jungen wie alten) Ostdeutschen in wachsendem Maße als Verklärung vorgeworfen wird, hängt in entscheidendem Maße mit ihren persönlichen Erfahrungen und Erinnerungen an die Sozialpolitik der DDR zusammen.

Es handelt sich somit nicht um ideologisch geschönte Nachwirkungen früherer politischer Sozialisation, sondern um nachhaltige Auswirkungen überwiegend positiver persönlicher Erfahrungen mit der Sozialpolitik der DDR auf dem Hintergrund heutiger überwiegend negativer persönlicher Erfahrungen mit der Sozialpolitik der BRD, wie sie u. a. in der Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung zum Ausdruck kommen.

Nach unseren langjährigen Untersuchungen steht fest, dass ein beträchtlicher Teil der 34-Jährigen noch oder wieder an sozialistische Ideale glaubt. Im Trend 1993 bis 2007 zeigt sich, dass die erinnerte und die aktuelle Identifikation mit den sozialistischen Idealen mit den Jahren leicht ansteigt (vgl. Abbildung 20).

Abbildung 20: Identifikation mit sozialistischen Idealen (1993–2007)*

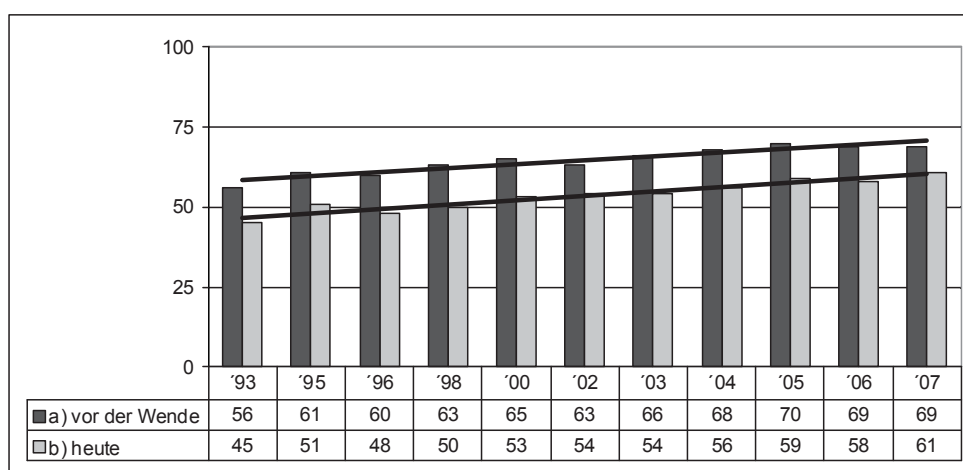
Fragetext:

Wie standen Sie a) vor der Wende zu den sozialistischen Idealen und wie stehen Sie b) heute dazu?

Antwortmodell:

Ich war/ich bin 1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen 3 eher dagegen als dafür

4 sehr dagegen



*die Antwortpositionen 1 und 2 wurden jeweils zusammengefasst

Aus den Angaben zur Gegenwart geht hervor, dass im Jahr 2007 mit 61 % fast zwei Drittel der Panelmitglieder an sozialistische Ideale glauben. Dies ist ein signifikanter Zuwachs gegenüber 1993 (45 %). Sozialistische Ideale sind offensichtlich trotz des erlebten Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus keineswegs bei allen diskreditiert, sondern finden zunehmend Zuspruch. Dies gilt vor allem für die Frauen: Von ihnen identifizieren sich 2007 immerhin 65 % mit diesen Idealen gegenüber 54 % der jungen Männer. Erwähnenswert ist, dass die aktuelle Ausprägung der Identifikation mit sozialistischen Idealen nach der Wende jeweils in einem signifikanten Zusammenhang mit der politischen Systemidentifikation vor der Wende steht, die in den drei Welle zwischen 1987 und 1989 erfasst wurde.

Die bei den Panelmitgliedern verbreitete Sympathie für sozialistische Ideale geht auch daraus hervor, dass rund zwei Drittel der Panelmitglieder den Sozialismus für eine gute Idee halten, die bisher nur schlecht ausgeführt worden sei. Tabelle 7 zeigt den Trend zu diesem Item.

Tabelle 7: Zustimmung zum Sozialismus als Idee (2004–2007)

Frage­text:

Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde.

Antwortmodell:

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen, bis 5 überhaupt nicht

Antwortposition	1	2	(1+2)	3	4	5
2004	31	39	(70)	21	6	3
2005	32	41	(73)	17	8	2
2006	28	38	(66)	21	10	3
2007	32	39	(71)	19	7	3
Geschlecht (2007)						
männlich	30	38	(68)	19	7	6
weiblich	33	40	(73)	20	6	1

Je weniger die Panelmitglieder sich das jetzige System als das „einzige menschenwürdige Gesellschaftsmodell“ vorstellen können, desto häufiger bejahen sie die „sozialistische Idee“. Natürlich gilt hier ebenso die Umkehrung. Aufschlussreich ist, dass auch diese grundsätzliche Einstellung zum Sozialismus in einer engen positiven Beziehung zum (auch) 2007 erhobenen DDR-Bild steht: Je häufiger sich die Panelmitglieder beim Vergleich wesentlicher sozialer Aspekte zugunsten der DDR entscheiden, desto häufiger bejahen sie den Sozialismus „als Idee“. Das lässt darauf schließen, dass sie solche von ihnen damals erfahrene und noch in der Gegenwart hoch bewerteten sozialen Aspekte wie soziale Sicherheit, Verhältnis der Menschen untereinander, Förderung der Familie und Betreuung der Kinder u. a. positiv mit der „Idee des Sozialismus“ in Verbindung bringen.

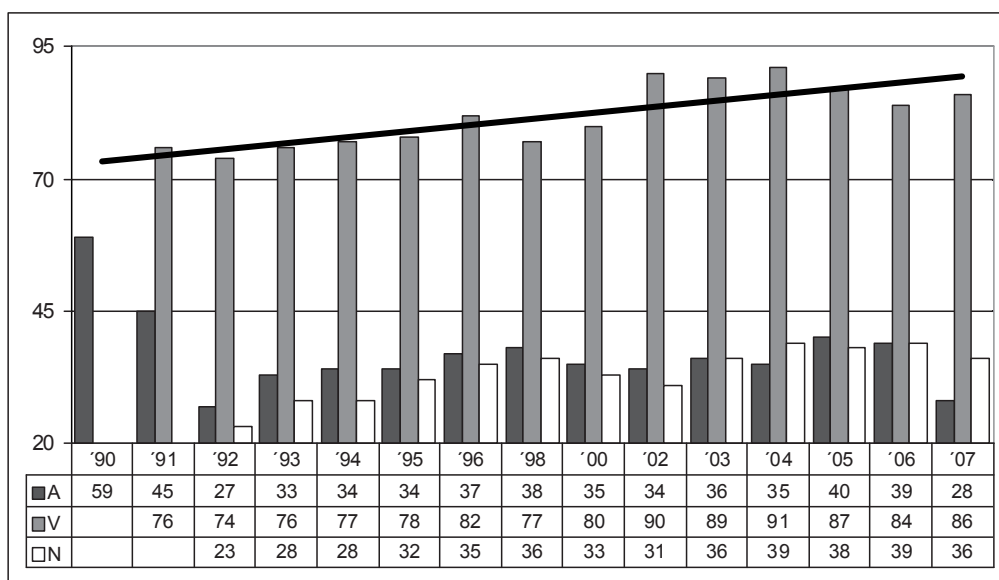
2.4 Existenzängste

Die Einstellung der Panelmitglieder zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem und ihr Blick in die Zukunft werden nach wie vor durch zahlreiche belastende Ängste beeinflusst, die im Rahmen dieser Studie seit vielen Jahren dokumentiert werden (ausführlich vgl. hierzu Förster et al. 1993, S. 169 ff., Förster & Friedrich, 1996, S. 115 ff.). Diese Daten geben einen informativen Einblick in die seit der Wende völlig veränderte Gefühlswelt der Panelmitglieder, sie sind ein wichtiger Schlüssel, um zu verstehen, warum die meisten von ihnen dem gegenwärtigen Kapitalismus kritisch oder ablehnend gegenüber stehen.

Bei den folgenden Analysen konzentrieren wir uns auf die drei häufigsten Ängste: die Angst vor eigener Arbeitslosigkeit, vor weiterer Verteuerung des Lebens und vor Eintreten einer persönlichen Notlage. Wir fassen sie als „Existenzielle Ängste“ zusammen. Bei diesen Aspekten können wir uns auf langjährige Trends stützen (vgl. Abbildung 21).

Abbildung 21: Angst vor persönlicher Arbeitslosigkeit (A), vor Verteuerung des Lebens (V) und vor einer persönlichen Notlage (N) (1990–2007)*

Fragetext:
Inwieweit fühlen Sie sich persönlich bedroht von ... ?
Antwortmodell:
1 stark 2 eher stark 3 eher schwach 4 schwach



*Die Anteile der AP 1 und 2 wurden zusammengefasst
Trendlinie: Verteuerung des Lebens

Wir gehen etwas näher auf die Entwicklung dieser drei Ängste ein. Bei der Angst vor eigener Arbeitslosigkeit, die mit der Wende unerwartet in das Leben der Ostdeutschen einbrach, war 1992 gegenüber 1990 und 1991 zunächst ein signifikanter Rückgang zu verzeichnen. Seit Mitte der 90er Jahre betrug der Anteil derer mit starker oder eher starker Angst jedoch ziemlich konstant ein reichliches Drittel, ist aber 2006 gegenüber 2004 tendenziell angestiegen auf den seit 1992 höchsten Wert von 39 %. Die jüngsten Werte von 2007 lassen zwar auf eine leichte Abnahme schließen, ob sie eine Trendwende bedeuten, bleibt abzuwarten. Die Frauen äußerten zu jedem Zeitpunkt weitaus häufiger diese Angst, Anfang bis Mitte der 90er Jahre sogar etwa doppelt so häufig wie ihre männlichen Altersgefährten. Das erklärt viel über ihren Gefühlszustand insgesamt.

Wie in den vorhergehenden Jahren belegen die Längsschnittkorrelationen, dass die ab 1990 und 1991 bei vielen Panelmitgliedern erstmals aufgetretenen Ängste im Hinblick auf mögliche eigene Arbeitslosigkeit, aber auch in Bezug auf ihre Eltern, noch immer bis in die Gegenwart nachwirken. Selbst 2007 besteht mit den Angaben von 1991 (6. Welle) ein signifikanter und relevanter Zusammenhang ($P = .028$), ein nachhaltiges psychisches Echo damaliger massiver Verunsicherungen mit Langzeitwirkung ist unverkennbar. Tatsache ist, dass viele der schockartigen negativen Erfahrungen, die zahlreiche Panelmitglieder bereits unmittelbar nach der Wende als Folge des Niedergangs der DDR-Wirtschaft gemacht haben, von erheblicher Lebensdauer sind, meist im Kontext weiterer, sich wechselseitig verstärkender Erfahrungen.

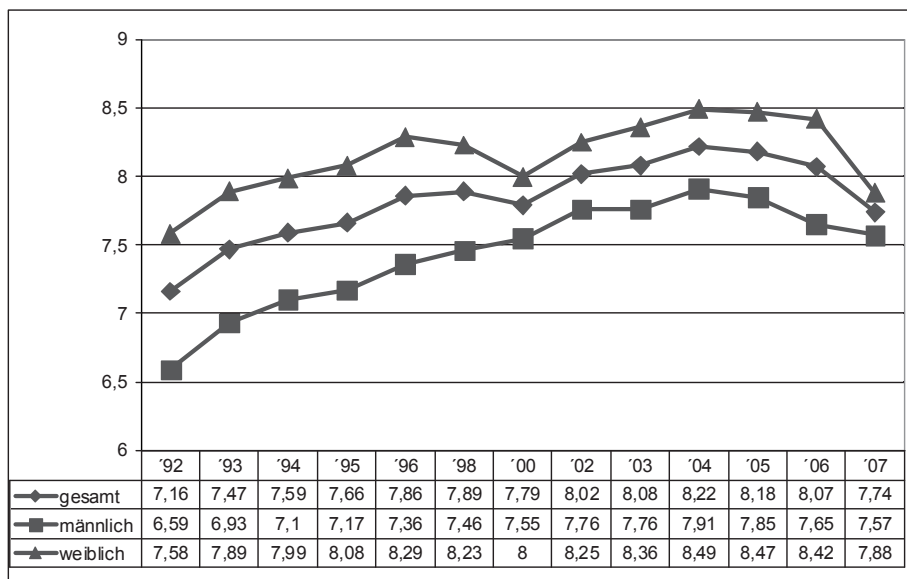
Deutlich und fast kontinuierlich zugenommen hat zwischen 1992 und 1998 die Angst vor einer persönlichen Notlage, ein für junge Leute im Osten vor der Wende ebenfalls unbekanntes Bedrohungsgefühl. Der sich 2000 andeutende leichte Rückgang wurde 2006 von einem erneuten Anstieg auf 39 % abgelöst, dem 2007 ein leichter, signifikanter Rückgang auf 36 % folgte. Auch diese Angst wurde im Untersuchungszeitraum ab 1992 von den jungen Frauen meist häufiger geäußert als von den jungen Männern.

Die von Anfang an sehr verbreitete Angst vor einer weiteren Verteuerung des Lebens ist nach 2000 nochmals angestiegen, 2007 allerdings wieder leicht zurück gegangen. Diese Spitzenposition ist nicht überraschend angesichts der Realitäten, des tatsächlichen oder „gefühlten“ Anstiegs der Lebenshaltungskosten und nicht zuletzt der faktisch täglichen Sorgen und Ängste auslösenden Ankündigungen weiterer Erhöhungen in allen Lebensbereichen.

Diese quantitativen Daten werden durch qualitative Daten unterstrichen, welche die sehr kritischen Urteile vieler Panelmitglieder über die Lebensverhältnisse in Ostdeutschland widerspiegeln, in denen die ständig steigenden finanziellen Belastungen eine zentrale Rolle spielen. Häufig wird die Frage gestellt, „... ob den Konzernbossen überhaupt klar ist, dass die Preisspirale immer wieder dieselben Leute trifft, die das ausbaden müssen? Das kann doch dass eine weitere Verteuerung des Lebens ihre ohnehin schwache Akzeptanz des gegenwärtigen Systems noch weiter verringern wird.

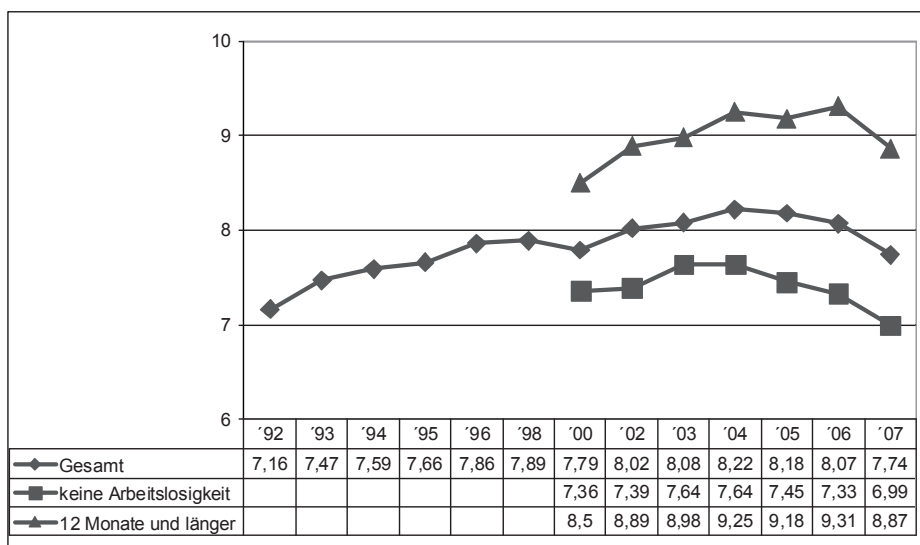
Um die Veränderungstendenzen des erwähnten Syndroms von Existenzängsten genauer untersuchen zu können, wurde auf der Grundlage der drei einzelnen Ängste für jedes Untersuchungsjahr ein Index „Existenzangst“ gebildet, der zwischen 4,0 Punkten (Minimum, Angst ist sehr schwach) und 12,0 Punkten (Maximum, Angst ist sehr stark) liegt. Dass es sich bei den drei Ängsten tatsächlich um ein Syndrom von Existenzängsten handelt, wurde an anderer Stelle nachgewiesen (vgl. Berth, Förster, Brähler & Stöbel-Richter 2007). Die folgende Abbildung 22 informiert über die Ausprägung des genannten Indexes im Trend zwischen 1992 (8. Welle) und 2007 (21. Welle).

Abbildung 22: Ausprägung des Indexes „Existenzangst“ nach Geschlecht (1992–2007)



Ablesbar ist, dass die durchschnittliche Ausprägung dieser Existenzängste, mit Ausnahme des Jahres 2000, bis 2006 insgesamt gesehen zugenommen hat. Ob der Rückgang 2007 einen veränderten Trend ankündigt, bleibt abzuwarten. Die Frauen äußern diese Ängste durchweg häufiger, für die im Westen lebenden Panelmitglieder konnte auf dieser Basis fast durchweg eine signifikant geringere Ausprägung dieser Existenzängste nachgewiesen werden. Ein deutlicher Zusammenhang mit der Höhe des Indexes zeigt sich im Kontext mit Arbeitslosigkeit. Abbildung 23 stellt die verschiedenen Gruppen einander gegenüber.

Abbildung 23: Ausprägung des Indexes „Existenzangst“ im Kontext Arbeitslosigkeit (1992–2007)*



*Extremgruppen entsprechend der Dauer von Arbeitslosigkeit, für diese außerdem Vergleich der Mittelwerte seit 2000 (seitdem diese differenzierten Daten zur Arbeitslosigkeit vorliegen)

Der erwähnte generell zunehmende Trend betraf in besonderem Maße jene Panelmitglieder, die zu den Erhebungszeitpunkten kumuliert berechnet 12 Monate und länger arbeitslos waren (obere Linie). Die Indexwerte beider Extremgruppen (Länger als 12 Monate kumuliert arbeitslos vs. nicht arbeitslos) unterscheiden sich durchweg.

3. Welche Faktoren beeinflussen die Einstellungen junger Ostdeutscher?

3.1 Arbeitslosigkeit

Einleitend einige Zitate aus den Notizen der im Jahr 2005 arbeitslosen 32-Jährigen, in denen sie ihre gegenwärtige Lebenssituation beschreiben:

„Im Moment bin ich ohne jegliches Einkommen zu Hause. Mein Anspruch auf Arbeitslosengeld lief im Juni aus und auf Arbeitslosengeld II habe ich keinen Anspruch. Im Moment ist die Situation katastrophal, da auch mein Mann sich arbeitslos melden musste. Wir müssen den Kredit für unser Haus zahlen und ohne unsere Eltern hätte ich schon längst nicht mehr gewusst, wie es weitergehen soll.“

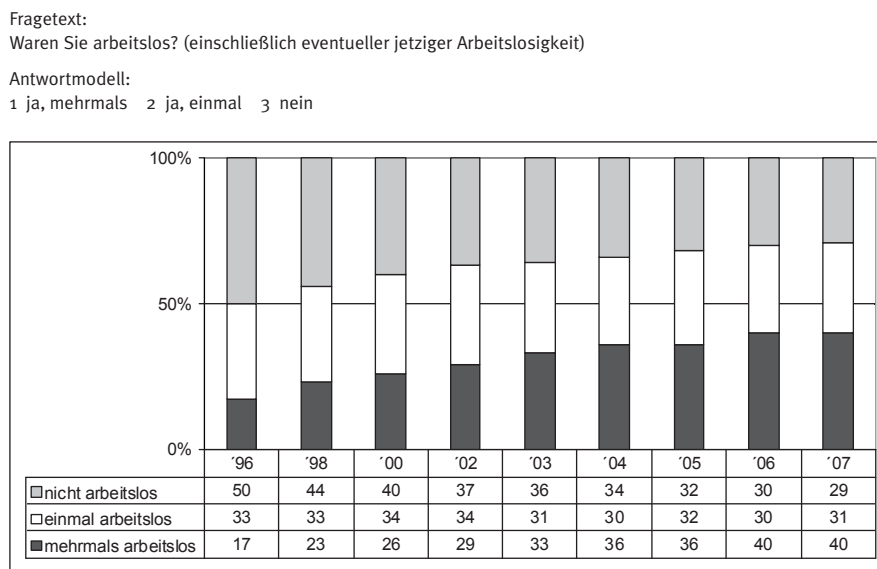
„Es ist schwer, auch an ‘unterqualifizierte’ Arbeit zu kommen, da auch dort schon Fachkräfte und studierte Menschen sich bewerben. Außerdem wird man meiner Meinung nach vom Arbeitsamt gebremst, da man die nötige Motivation durch dieses Amt wieder verliert. Durch die langen Zeiten vom Vorstellen bis zum Termin vergeht es einem.“

„Ich bin seit dem 3-jährigen Erziehungsurlaub mit meinem Sohn arbeitslos. Anfangs habe ich das nicht für so schlimm betrachtet, ich habe ja eine gute Ausbildung und Berufserfahrung, zum Ende sogar den Job einer Chefsekretärin ausgeführt. Im Laufe der Zeit ist es aber schon schlimm, es gibt einfach keine Arbeit. Und wenn, dann ist ein Kind mit vorgeschriebenen Kindergartenzeiten voll der Klotz am Bein. In der heutigen Gesellschaft wird ein Kind nicht berücksichtigt. Mittlerweile bemühe ich mich sogar um Putzjobs ... Auf die Hilfe vom Arbeitsamt kann man verzichten, die schikanieren einen sogar noch!“

„Arbeitslos, ohne Führerschein, aber ohne Führerschein keine Arbeit. Arbeitsamt bezahlt nur unter bestimmten Voraussetzungen ... Aus diesem Grund sitze ich vor Kaufhallen rum und bittle mir was zusammen. Ich baue mir seit etwa 1 Jahr ein Netz von Leuten auf, die jederzeit bei mir anrufen können und dann helfe ich denen für ein paar Euro. Meist gibt es noch etwas zu essen.“

Da es in der DDR keine Arbeitslosigkeit gab und die Panelmitglieder, nicht zuletzt auch aufgrund ihres Alters, keinerlei persönliche Erfahrungen mit ihr hatten, gehen wir bei den Analysen von einer analytisch außerordentlich bedeutsamen Startposition, einem „Punkt Null“ aus, wie er sonst fast nur bei naturwissenschaftlichen Experimenten vorkommt. Ab 1996 fragten wir die Panelmitglieder, ob sie seit der Wende mehrmals, einmal oder nicht arbeitslos waren. Abbildung 24 informiert über den Längsschnitt einschließlich 2007, der einen weitaus genaueren Einblick ermöglicht:

Abbildung 24: Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit (1996–2007)*



*prozentualer Anteil der Panelmitglieder mit mehrmaliger bzw. einmaliger bzw. keiner Erfahrung eigener Arbeitslosigkeit (identische Population derer, die an der 21. Welle teilgenommen haben)

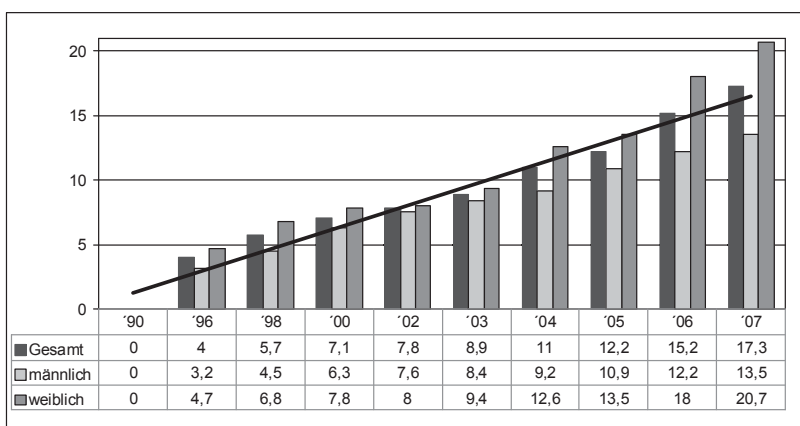
Auf diese prozessorientierte und kumulative Weise (und ausschließlich auf diese) ist erkennbar, dass sich in der vorliegenden identischen Population der Anteil der Personen, die im Zeitraum 1996 bis 2007 mehrmals arbeitslos waren (und bei denen die durchweg negativen Folgen der Arbeitslosigkeit besonders deutlich sind), von 17 % im Jahr 1996 auf 40 % im Jahr 2007 mehr als verdoppelt hatte. Dafür reduzierte sich der Anteil jener, die nie arbeitslos waren, von 50 % im Jahr 1996 auf 29 % im Jahr 2007. Diese Ergebnisse lassen bereits die immensen Veränderungen ahnen, mit denen (auch) jungen Leute nach der Wende und dem Vollzug der Einheit zu kämpfen hatten. Leider stehen ähnliche kumulative Trends für Ostdeutschland insgesamt bzw. die Länder nicht zum Vergleich zur Verfügung.

Bei der Betrachtung der Ergebnisse ist auch in Rechnung zu stellen, dass sich die Arbeitslosigkeit zeitgleich zur eigenen auch im sozialen Nahbereich dieser jungen Leute ausgebreitet hat (Eltern, Partner, Geschwister, Freunde), mit allen zusätzlichen negativen Auswirkungen. So stellten wir fest, dass bis 2004 bereits über die Hälfte (58 %) der Eltern (d. h. Vater und/oder Mutter) von Arbeitslosigkeit betroffen waren bzw. sind. Mit 21 % ist dabei die Gruppe derer ziemlich groß, die die Arbeitslosigkeit beider Elternteile erlebt haben. Für sehr viele unserer Panelmitglieder war das erste schockierende, nachhaltig prägende Ereignis nach dem Systemwechsel, dass ihre Väter und/oder Mütter „im besten Alter“ über Nacht, völlig unerwartet arbeitslos wurden. Hinzu kommt, dass schon bis 2004 auch ein erheblicher Teil der LebenspartnerInnen der Panelmitglieder, ihrer Geschwister sowie ihrer engen Freunde

arbeitslos waren. Aus der individuellen Kopplung aller dieser einzelnen Angaben ging hervor, dass bis 2004 94 % der Panelmitglieder direkt oder indirekt mit den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden. Auch diese kollektive Betroffenheit im Osten wird in ihrem real bestehenden Ausmaß und ihren Folgen, wenn überhaupt wahrgenommen, völlig unterschätzt.

Die Panelmitglieder gaben seit 1996 an, wie viele Monate insgesamt sie seit der Wende arbeitslos waren. Sie wurden gebeten, diese Angaben gut aufzubewahren, damit sie diese nicht bei jeder Befragung erneut berechnen müssen und wir uns auf zuverlässige Zahlen stützen können. Entsprechend der angewachsenen Häufigkeit der Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit hat auch deren kumulierte Dauer zugenommen (Abbildung 25):

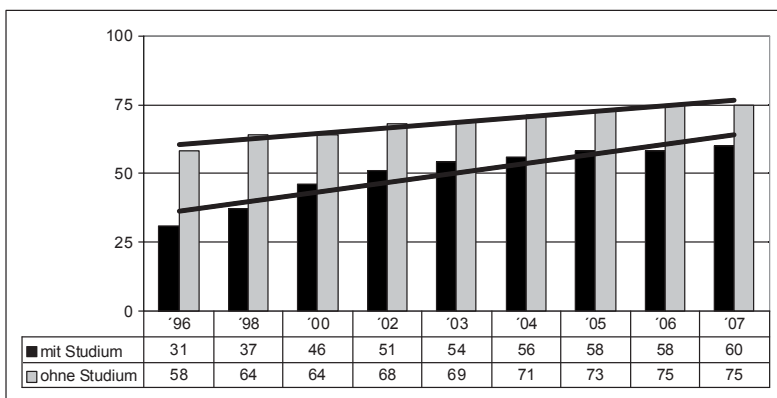
Abbildung 25: Kumulierte Gesamtdauer der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit (1996–2007)*



*Angaben in Monaten; (Bezug: nur Panelmitglieder, die in diesem Zeitraum arbeitslos waren)

Ablesbar ist, dass die durchschnittliche Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit bei der Gruppe der Betroffenen sehr kontinuierlich von 4 Monaten 1996 auf 17,3 Monate 2007 angewachsen war und sich damit mehr als vervierfacht hat. Bei den Männern erhöhte sie sich von 3,2 auf 13,5 Monate, bei den Frauen von 4,7 auf 20,7 Monate. Die Frage, ob die Dauer in diesem Zeitraum als kurz oder lang einzuschätzen ist, kann mangels vergleichbarer Daten aus anderen Untersuchungen (insbesondere ebenfalls längsschnittlich angelegter) nicht ad hoc beantwortet werden. Vor allem die weniger gebildeten Panelmitglieder mussten Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit machen (Abbildung 26).

Abbildung 26: Panelmitglieder, die seit der Wende ein- oder mehrmals arbeitslos waren (1996–2007)*



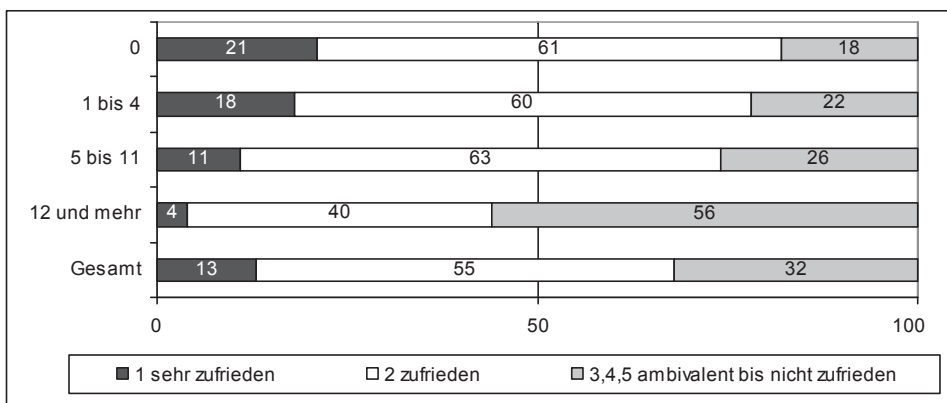
*Angaben in Prozent und nach Bildungsgrad differenziert. (Die mit 7 % sehr kleine Teilgruppe der Panelmitglieder, die eine Zeit lang bzw. ohne Abschluss studiert hat, wurde hier nicht berücksichtigt.)

Höher gebildete Panelmitglieder sind durchweg seltener von Arbeitslosigkeit betroffen als weniger gebildete. Das ist keine neue Erkenntnis. Aber: Wie bei Panelmitgliedern ohne Studium ist auch die Zahl derer, die trotz Studienabschluss Arbeitslosigkeit erfahren mussten, in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Selbst die Quote der mehrfach Arbeitslosen ist bei den höher gebildeten von 7 % im Jahr 1996 auf 26 % im Jahr 2007 gestiegen, hat sich somit fast vervierfacht. Die Schere zwischen den höher Gebildeten und den weniger Gebildeten schließt sich in der von uns untersuchten Altersgruppe der 34-Jährigen immer mehr.

Im Folgenden illustrieren wir exemplarisch einige wesentliche Auswirkungen erlebter Arbeitslosigkeit auf das Denken und Verhalten unserer Panelmitglieder (vgl. auch Förster et al. 2008, Berth et al. 2008). Betrachten wir dazu zunächst die allgemeine Lebenszufriedenheit der 34-jährigen im Jahr 2007 (Abbildung 27).

Abbildung 27: Einschätzung der eigenen Lebenssituation 2007*

Fragetext:
Wie schätzen Sie – alles in allem – Ihre gegenwärtige Lebenssituation ein?
Antwortmodell:
Mit meiner Lebenssituation bin ich 1 sehr zufrieden bis 5 überhaupt nicht zufrieden

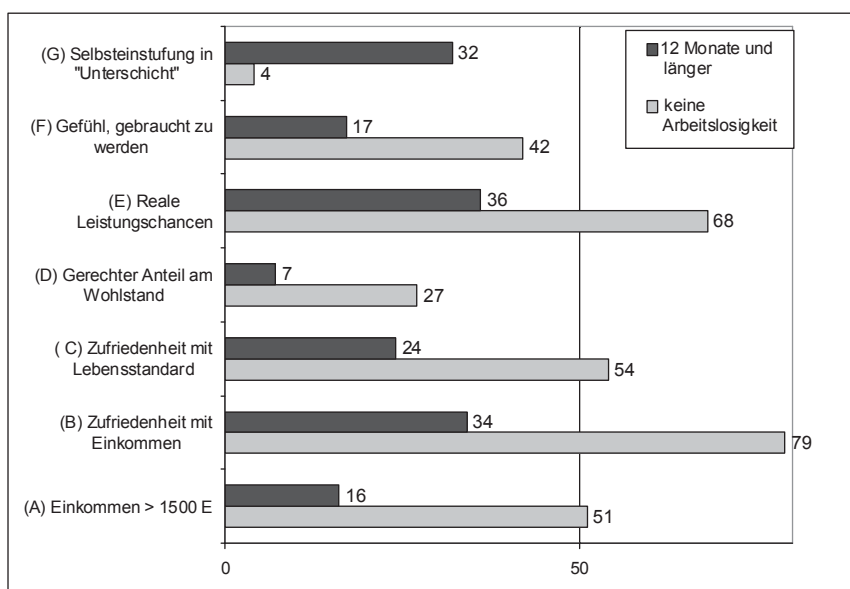


*differenziert nach der bisherigen Gesamtdauer erlebter Arbeitslosigkeit

In der Gesamtgruppe sind 2007 13 % einschränkungslos mit ihrer aktuellen Lebenssituation zufrieden. 55 % sind mit Einschränkungen zufrieden, 32 % äußern sich ambivalent bis unzufrieden. Setzt man die Angaben in den Kontext erlebter Arbeitslosigkeit, so zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang: Je mehr Monate Arbeitslosigkeit zu bewältigen waren (kumuliert berechnet), desto geringer ist die Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation. In der folgenden Abbildung 28 sind einige weitere Merkmale der (gefühlten) Lebenssituation in ihrer Abhängigkeit von der erlebten Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit dargestellt, auf die Extremgruppen reduziert.

Abbildung 28: Ausprägung ausgewählter Merkmale der Lebenssituation 2007*

- Erläuterungen (in Klammern: Prozentanteile in der Gesamtgruppe):
 (A) Monatliches individuelles Nettoeinkommen: 1500 € und mehr (38 %)
 (B) Zufriedenheit mit Einkommen: zufrieden/eher zufrieden (62 %)
 (C) Zufriedenheit mit eigenem Lebensstandard: einschränkungslos zufrieden (40 %)
 (D) Erfahrung gemacht, den gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten? Ja (18 %)
 (E) Zufriedenheit mit den Chancen, es in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung zu etwas zu bringen: zufrieden/eher zufrieden (55 %)
 (F) Erfahrung gemacht, dass Sie in der gegenwärtigen Gesellschaft gebraucht werden? Ja (33 %)
 (G) Selbsteinstufung in „Oberschicht/Mittelschicht/Unterschicht“? Unterschicht (17 %)



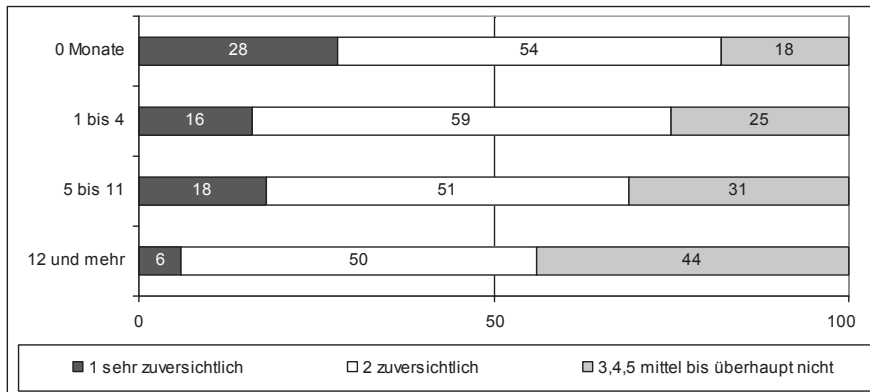
*differenziert nach der bisherigen Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, nur Extremgruppen „Keine Arbeitslosigkeit“ bzw. „12 Monate und länger“

Wir können hier nur knapp auf diese Merkmale eingehen, die Unterschiede sprechen fast immer für sich. Das gilt vor allem für die erheblichen Einkommensunterschiede (A) zwischen den Extremgruppen und dementsprechend auch für die (damit hoch korrelierende) subjektive Zufriedenheit mit dem Einkommen (B) und mit dem Lebensstandard (C). Ist mit 18 % schon der Gesamtanteil derer sehr gering, die meinen, ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand (D) zu erhalten, so gilt dies nur für 7 % jener, die bisher 12 Monate oder länger arbeitslos waren. Die vom jetzigen Gesellschaftssystem proklamierte Leistungsgerechtigkeit tatsächlich erlebt zu haben (E), bestätigen 55 % dieser 34-Jährigen, darunter aber nur 36 % von denen, die längere Zeit arbeitslos waren. Mit 33 % haben noch weniger die Erfahrung gemacht, in der jetzigen Gesellschaft gebraucht zu werden (F), darunter nur 17 % von denen mit erlebter längerer Arbeitslosigkeit. 17 % aller Panelmitglieder rechnen sich 2007 der Unterschicht (G) zu, von denen mit längeren Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit sogar 32 % gegenüber 4 % derer ohne solche Erfahrungen.

Über die zur Zukunftszuversicht der Panelmitglieder seit 1987 ermittelten Daten haben wir bereits berichtet (vgl. Abbildung 2). Exemplarisch für die jüngste Welle 2007 belegen wir, inwieweit der Faktor Arbeitslosigkeit Einfluss auf die persönlichen Zukunftsvorstellungen genommen hat. Um zu prüfen, ob überhaupt ein Kausaleffekt vorliegt, d. h. ob die individuelle Zukunftszuversicht (als Abhängige) durch eine Zunahme der Dauer der Arbeitslosigkeit (als Unabhängige) tatsächlich vermindert wird, wurden Regressionsanalysen gerechnet (hier nicht dargestellt), diese belegen deutlich die multikausalen Abhängigkeiten.

Die Zeit-Skala erlebter Arbeitslosigkeit (2007 von Null bis 156 Monaten) wurde zu den in der folgenden Abbildung 29 angeführten vier Untergruppen zusammengefasst. Auch die Skala der Zukunftszuversicht wurde auf drei Untergruppen (Sehr zuversichtlich, zuversichtlich, mittel bis überhaupt nicht zuversichtlich) reduziert.

Abbildung 29: Ausprägung der persönlichen Zukunftszuversicht 2007*



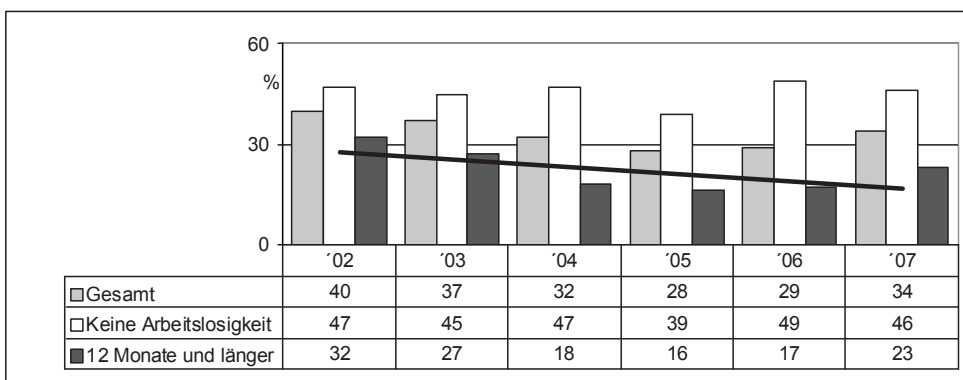
*differenziert nach der kumulierten Dauer der Arbeitslosigkeit

Von jenen 34-jährigen, die im gesamten Zeitraum seit der Wende nicht von Arbeitslosigkeit betroffen waren (0 Monate), äußerten sich 2007 28 % sehr zuversichtlich und weitere 54 % zuversichtlich über ihre persönlichen Zukunftsaussichten. Nur 18 % blicken ambivalent bzw. ganz ohne Zuversicht in ihre Zukunft. Bei jenen dagegen, die länger als ein Jahr (12 und mehr Monate) betroffen waren, trifft das nur auf 6 % bzw. 50 % zu; fast die Hälfte sieht mit gemischten oder negativen Gefühlen in die Zukunft. Das sind signifikante und relevante Unterschiede, die für sich sprechen und auf den Riss aufmerksam machen, den die Arbeitslosigkeit auch in diese junge Altersgruppe gerissen hat.

Erlebte Arbeitslosigkeit hat in erschreckendem Maße auch den Rückgang der Zukunftszuversicht für den eigenen Nachwuchs bewirkt, eine nur mittels Panelstudien zu gewinnende Erkenntnis (Abbildung 30).

Abbildung 30: Ausprägung der Zukunftszuversicht für die (künftigen) eigenen Kinder (2002–2007)*

Fragetext:
Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft für Ihre (künftigen) Kinder?
Trendlinie: 12 Monate und länger arbeitslos



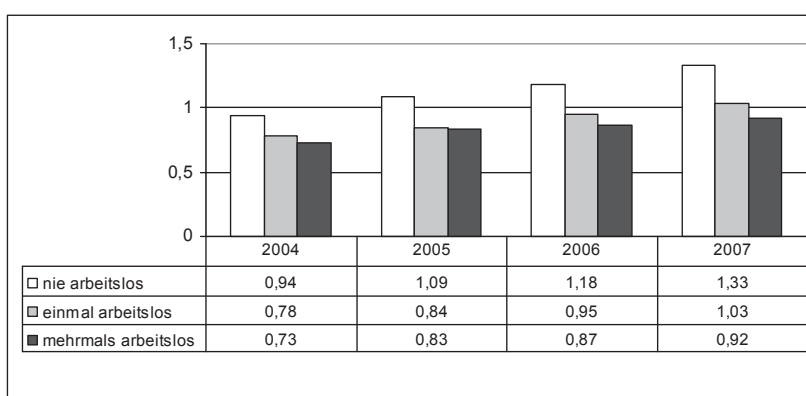
*differenziert nach den Extremgruppen; dargestellt sind zusammengefasst die Antwortpositionen „sehr zuversichtlich“ und „zuversichtlich“

Über den gesamten Zeitraum hinweg unterschieden sich die Extremgruppen der bisherigen Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit signifikant in der Ausprägung der Zukunftszuversicht für die eigenen Kinder. Darüber hinaus ist bei dieser Gruppe zwischen 2002 und 2006 ein signifikanter Rückgang der (ohnehin geringeren) Zukunftszuversicht für die Kinder eingetreten.

Die Dauer der erlebten Arbeitslosigkeit wirkt sich nicht nur auf die Zukunftszuversicht für die eigenen Kinder, sondern auch auf weitere Faktoren der Familiengründung aus (vgl. Stöbel-Richter et al., 2008). Die Ergebnisse zeigen deutliche Verzögerungen in der Familiengründung bei Personen, die Erfahrungen mit der Arbeitslosigkeit gemacht haben: Diejenigen, die mehrmalige Arbeitslosigkeitserfahrungen berichten, sind seltener verheiratet (36,7 %), als diejenigen, welche die Erfahrung nicht machen mussten (50,9 %). Generell leben im Alter von 34 Jahren von denjenigen, die mehrmals arbeitslos waren, weniger Personen in einer Partnerschaft (76,9 %) im Gegensatz zu denjenigen, die nicht arbeitslos waren (82,7 %). Betrachtet man diese Angaben im Trend, so zeigt sich, dass Personen, die angeben, mehrmals arbeitslos gewesen zu sein, auch später heiraten, als Personen, die nicht arbeitslos waren und darüber hinaus die Dauer der Partnerschaft ebenfalls kürzer ist (11,14 Jahre bei Personen, die nicht arbeitslos waren zu 9,61 Jahren bei Personen, die 12 Monate und länger arbeitslos waren).

Neben der Bindungsqualität und -dauer wird auch die Entscheidung für oder gegen eine erste oder weitere Elternschaft beeinflusst. So ist die durchschnittliche Kinderzahl bei denjenigen, die mehrmals arbeitslos waren, deutlich niedriger, als bei denjenigen, die nicht arbeitslos waren. Die folgende Abbildung 31 zeigt hierzu den Verlauf über die letzten 4 Jahre.

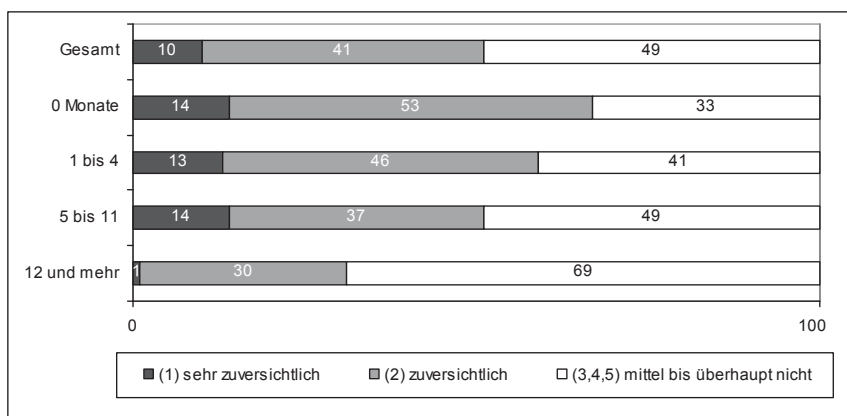
Abbildung 31: Durchschnittlich realisierte Kinderzahl und Arbeitslosigkeit (2004–2007)



Schließlich sinkt auch die ideale Kinderzahl mit zunehmender Arbeitslosigkeitsdauer signifikant. So antworteten 2007 diejenigen, die mehrmals arbeitslos waren, dass sie sich durchschnittlich 1,56 Kinder wünschen im Gegensatz zu 1,91 bei denjenigen, die nie arbeitslos waren.

Auch die berufliche Zukunftszuversicht wird von der bisher erfahrenen Arbeitslosigkeit negativ beeinflusst (Abbildung 32); je länger die Dauer bisher erfahrener Arbeitslosigkeit, desto geringer ist die berufliche Zuversicht.

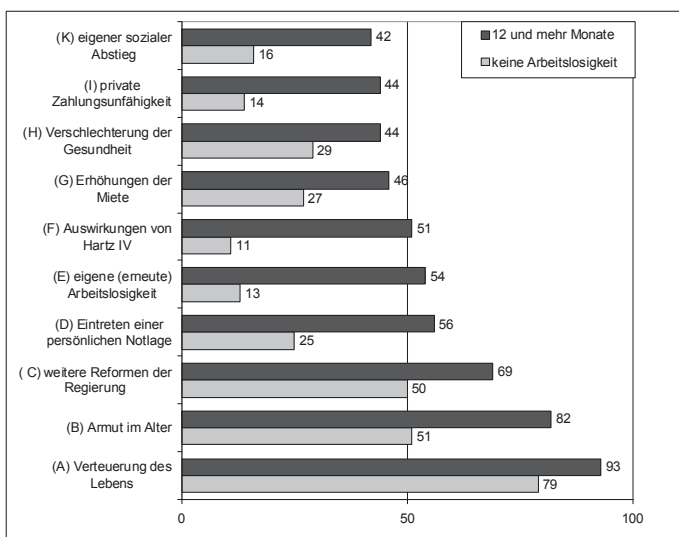
Abbildung 32: Bisherige Dauer der Arbeitslosigkeit und berufliche Zukunftszuversicht



Zur Veranschaulichung des erheblichen Einflusses von Arbeitslosigkeit stellen wir noch einige weitere 2007 erfasste Ängste dar (Abbildung 33).

Abbildung 33: Ausprägung verschiedener Ängste 2007*

- Erläuterungen: starke oder eher starke Angst vor ... (in Klammern jeweilige Ausprägung in der Gesamtgruppe):
- (A) weitere Verteuerung des Lebens (86 %)
 - (B) Armut im Alter: stark/eher stark (65 %)
 - (C) weiteren Reformen der Regierung (59 %)
 - (D) Eintreten einer persönlichen Notlage (36 %)
 - (E) eigene (erneute) Arbeitslosigkeit (28 %)
 - (F) Auswirkungen von Hartz IV (26 %)
 - (G) Erhöhung der Miete: (33 %)
 - (H) Verschlechterung meines Gesundheitszustandes (31 %)
 - (I) private Zahlungsunfähigkeit (24 %)
 - (K) eigener sozialer Abstieg (25 %)



*differenziert nach den Extremgruppen der bisherigen Gesamtdauer erfahrener Arbeitslosigkeit, geordnet nach der Häufigkeit in der Untergruppe derer, die 12 Monate und länger arbeitslos waren (in Klammer die Ausprägung in der Gesamtgruppe)

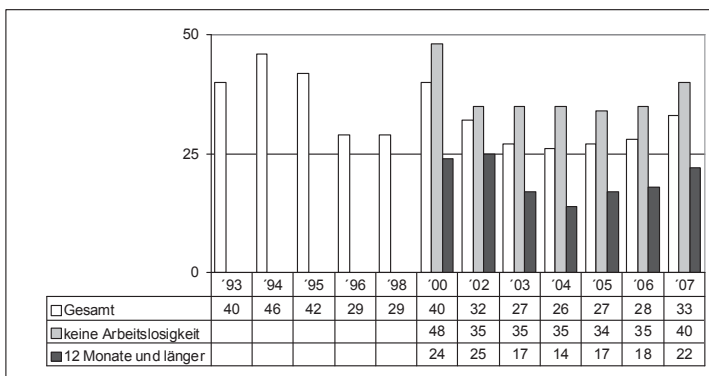
Auch diese Gegenüberstellung macht den bestehenden, durchweg signifikanten Riss in der Gesamtgruppe schon optisch deutlich. Das gilt für die bereits erwähnte, quantitativ kaum noch zu übertreffende Angst der 34-Jährigen vor einer weiteren Verteuerung des Lebens (A) sowie für die weit verbreiteten Ängste vor Armut im Alter (B) und vor weiteren Reformen der Regierung (C). Diese muss man wohl zu den heutigen Grundängsten zählen, nicht zufällig werden sie von denen besonders häufig geäußert, die bereits längere Zeit schmerzhaft eigene Erfahrungen mit dieser Wunde des Gesellschaftssystems machen mussten. Aber auch bei jenen, denen Arbeitslosigkeit bisher erspart blieb, sind die Hälfte oder mehr mit diesen negativen Emotionen belastet. Bei der Angst vor Altersarmut muss stets hinzugedacht werden, dass wir es hier mit verhältnismäßig jungen Leuten zu tun haben, nicht mit Jahrgängen von Vorruheständlern. Aufschlussreich ist, dass der Begriff „Reformen“ (C) stark negativ besetzt ist, die Forderung von Politikern und Wirtschaftsführern nach weiteren und wirksameren „Reformen“ bei den Panelmitgliedern keine Hoffnungen, sondern insbesondere Verängstigungen verursacht hat.

Für bedenklich halten wir aber auch das Ausmaß aller übrigen aufgeführten Ängste, verweisen sie doch exemplarisch (und keinesfalls lückenlos) auf die Breite der seit der Wende vor allem von Arbeitslosigkeit ausgelösten negativen Gefühlen, auf einen (erneuten) negativen „Gefühlsstau“ (vgl. Maaz, 1990), dessen mittelfristige politische Konsequenzen kaum absehbar sind.

Erlebte Arbeitslosigkeit hat sich bei unseren Panelmitgliedern nachweislich auch negativ auf die politische Identifikation mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung ausgewirkt, eine Tatsache, die oft übersehen wird oder möglicherweise überhaupt nicht interessiert. Besonders eindrucksvoll zeigt sich das bei der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung und dem politischen System.

Abbildung 34: Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung (1993–2007)*

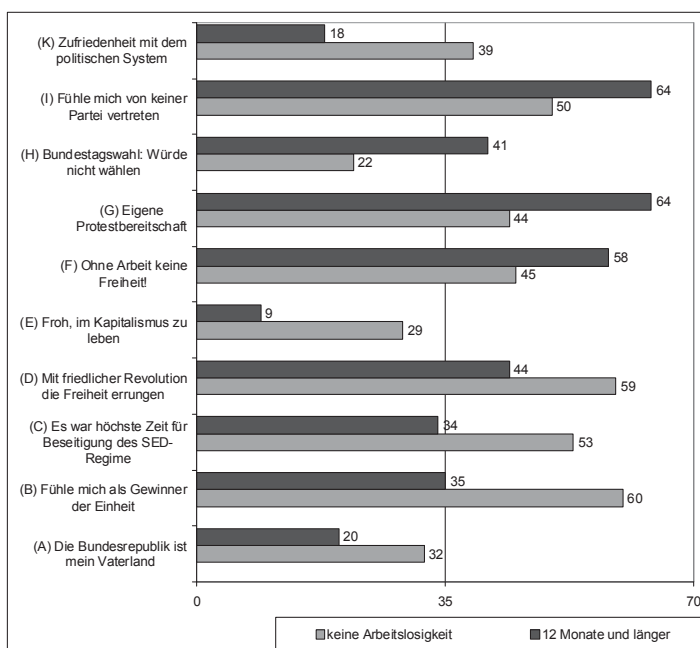
Fragetext:
Wie zufrieden sind Sie mit der jetzigen Wirtschaftsordnung?



*ab 2000 zusätzlich nach der Dauer der Arbeitslosigkeit differenziert; dargestellt sind die zusammengefassten Antwortpositionen „sehr zufrieden“ und „zufrieden“

Ablesbar ist, dass die Zufriedenheit (von interessanten Schwankungen abgesehen, auf die wir hier nicht eingehen können) in keinem Jahr seit 1993 die 50-Prozentmarke erreichte und vor allem in den letzten Jahren bis 2006 deutlich zurückging. Wir schließen für die Extremgruppen noch einige weitere Aspekte des politischen Bewusstseins an (Abbildung 35).

Abbildung 35: Politische Einstellungen 2007*



*differenziert nach den Extremgruppen erlebter Arbeitslosigkeit

Dargestellt sind jeweils die zustimmenden Antworten zu den folgenden Fragen/Aussagen. In Klammern sind die Prozentwerte in der Gesamtgruppe dargestellt:

- A: Die Bundesrepublik Deutschland betrachte ich als mein Vaterland (25 %)
- B: Ich fühle mich als Gewinner der deutschen Einheit (49 %)
- C: Es war höchste Zeit mit der Beseitigung des SED-Regimes (44 %)

- D: Mit der friedlichen Revolution im Herbst 1989 haben die Ostdeutschen die Freiheit errungen (50 %)
- E: Ich bin froh, heute in einem kapitalistischen Deutschland zu leben (16 %)
- F: Freiheit nützt mir nichts, wenn ich keine Arbeit habe (53 %)
- G: Würden Sie sich selbst an Protestaktionen (Demonstrationen, Streiks) beteiligen? (54 %)
- H: Sonntagsfrage, Antwort: „Ich würde nicht wählen gehen“ (32 %)
- I: Von welcher der folgenden Parteien fühlen Sie sich am besten vertreten? Antwort: „von keiner“ (56 %)
- K: Wie zufrieden sind Sie mit dem politischen System in der Bundesrepublik Deutschland? (27 %)

Der durch Arbeitslosigkeit erzeugte Riss durch die Population der 34-Jährigen im Osten äußert sich auch in den politischen Auffassungen derer, die schon längere Zeit davon betroffen waren. Charakteristisch ist ihre geringe Identifikation mit der Bundesrepublik als ihr Vaterland (A) und das weit verbreitete Gefühl, zu den Verlierern der Einheit (B) zu gehören. Der bei den Panelmitgliedern seit Jahren generell abnehmende Trend der Bejahung der Wende (C) gilt für sie in besonderem Maße, ebenso der nur schwach verbreitete Glauben daran, dass die Ostdeutschen mit der friedlichen Revolution die Freiheit errungen haben (D). Nur eine Minderheit von ihnen ist froh, jetzt in einem kapitalistischen Deutschland zu leben (E). Die Auffassung, dass es ohne Arbeit keine Freiheit geben könne (F), wird besonders von ihnen vertreten. Außerdem sind von ihnen viel mehr zu Protestaktionen bereit (G). Überdurchschnittlich viele von ihnen würden nicht an Bundestagswahlen teilnehmen (H). Über die Hälfte von ihnen nennt keine Partei, die „ihre Interessen am besten vertritt“ (I), nur eine Minderheit von 18 % ist mit dem politischen System zufrieden (K).

Standen die Panelmitglieder faktisch von der Wende an generell vielen gesellschaftlichen Veränderungen mehrheitlich kritisch oder ablehnend gegenüber, so tritt diese Tendenz bei jenen besonders markant hervor, deren beruflichen und damit auch persönlichen Pläne sich infolge der Wende in Makulatur verwandelten und bei denen stattdessen irreversible existenzielle Zukunftsängste und Verunsicherungen entstanden.

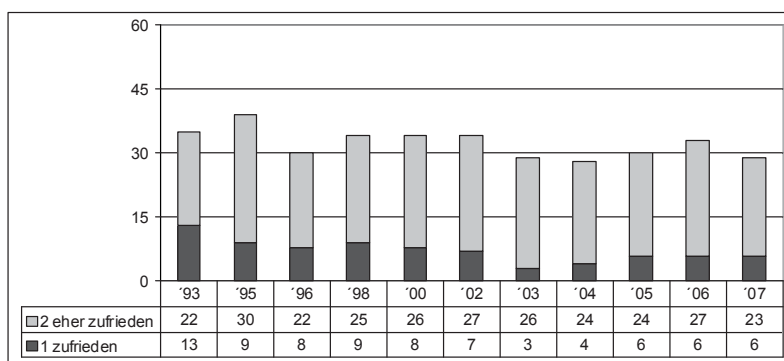
3.2 Demokratische Mitgestaltung

Die TeilnehmerInnen der Studie äußern sich schon seit Anfang der 1990er Jahre mehrheitlich sehr enttäuscht und kritisch über ihre geringen demokratischen Mitgestaltungsrechte, an die sie – wie die Ostdeutschen generell in der Wendezeit und auch noch kurz danach – große Erwartungen hatten.

Abbildung 36: Zufriedenheit mit Einflussnahme auf die Politik (1993–2007)

Fragetext:
Wie zufrieden sind Sie mit Ihren Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politik?

Antwortmodell:
1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden 3 eher unzufrieden als zufrieden 4 unzufrieden



Dieser Trend über nunmehr 14 Jahre lässt sich nicht anders als eine massive Enttäuschung von der real existierenden Demokratie interpretieren: Nicht einmal ein Drittel (29 %) äußert sich 2007 positiv, davon nur 6 % ohne Einschränkung. Nach wie vor erlebt nur eine Minderheit demokratische Teilhabe.

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang auch die folgenden langjährigen Trends, die die geringen Erfahrungen der jetzt 34-Jährigen in den letzten Jahren hinsichtlich konkreter Aspekte einer demokratischen Teilhabe widerspiegeln. Wir führen diese Trends komplett an, um zu zeigen, dass wir es hier keineswegs mit punktuellen Einschätzungen zu tun haben (Tabelle 8).

Tabelle 8: Erfahrungen mit der Demokratie (1996–2007)

Fragetext:

Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren folgende Erfahrungen gemacht?

Antwortmodell:

	1 ja	2 nein	3 schwer zu sagen
Jahr	1	2	3
dass Sie in der Öffentlichkeit offen Ihre Meinung sagen können			
1996	60	29	11
1998	63	25	12
2000	65	22	13
2002	64	23	13
2003	59	27	14
2005	57	28	15
2006	55	28	17
2007	49	32	19
dass die Politiker an Ihrer Meinung interessiert sind			
1996	3	85	12
1998	4	85	11
2000	3	84	13
2002	4	81	15
2003	4	84	12
2005	2	88	10
2006	3	87	10
2007	2	85	13
dass Sie Ihr Leben ohne politische Zwänge frei gestalten können			
2000	62	22	16
2002	55	24	21
2003	48	32	20
2004	48	35	17
2005	47	36	17
2006	40	39	21
2007	41	37	22
dass Sie Einfluss auf die Gesellschaft nehmen können			
2002	9	70	21
2003	11	69	20
2004	12	73	15
2005	11	73	16
2006	12	67	21
2007	11	71	18
dass Sie in der gegenwärtigen Gesellschaft gebraucht werden			
2005	27	43	30
2006	33	38	29

Mit nur 49 % haben 2007 bei weitem nicht alle die Erfahrung gemacht, in der Öffentlichkeit offen ihre Meinung sagen zu können. In jüngster Zeit ist der Trend deutlich rückläufig. Eine weitere Relativierung kommt hier von dem berechenbaren Anteil derer, die diese Frage seit 1996 (12. Welle) immer (hier 7-mal) mit ja beantwortet haben, bei denen also von einem zeitlich gesehen konstant positiven Urteil gesprochen werden kann: das sind lediglich 16 %. Nur zwischen 2 % und 4 % haben über mehrere Jahre hinweg die Erfahrung gemacht, dass die Politiker an ihrer Meinung interessiert sind – ein eindeutiges Urteil, auch wenn man es vom Interesse der Politiker an den Meinungen her betrachtet. Der Anteil derer, die sieben Mal mit ja geantwortet haben, beträgt 1 %, andererseits haben 91 % solches Interesse gar nicht erlebt. Der Anteil derer, die in den letzten zwei, drei Jahren die Erfahrung gemacht hat, ihr Leben ohne politische Zwänge frei gestalten zu können, wird immer geringer. Sieben Mal positiv äußerten sich 9 %.

Seit 2000 bejaht nur etwa jeder Zehnte, Einfluss auf die Gesellschaft nehmen zu können, die große Mehrheit stellt dies in Abrede. Bei längsschnittlicher Betrachtung schrumpft dieser Anteil deutlich zusammen: 1,6 % bejahen das über den gesamten Zeitraum seit 2000, 70 % haben diese Erfahrung überhaupt nicht gemacht. Die Erfahrung schließlich, in der gegenwärtigen Gesellschaft gebraucht zu werden, haben 2006 (zuvor und 2007 nicht erfragt) 27 % gemacht, 43 % äußern das Gegenteil.

Auch ein anderer, querschnittlicher komplexer Blick auf diese einzelnen Elemente ist aufschlussreich: Fragen wir danach, wie groß der Anteil derer ist, die 2007 alle vier erhobenen inhaltlichen Aspekte von Demokratie tatsächlich erlebt haben (Einfluss auf Gesellschaft, keine politischen Zwänge, offen Meinung sagen können, Politiker sind an Meinung interessiert) dann stoßen wir auf eine Minderheit von 7 % der 34-Jährigen.

3.3 Soziale Gerechtigkeit

Das auch in dieser Studie seit Jahren zu beobachtende Defizit hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit setzt sich fort, sowohl mit Blick auf Leistungsgerechtigkeit als auch Verteilungsgerechtigkeit (Abbildung 37).

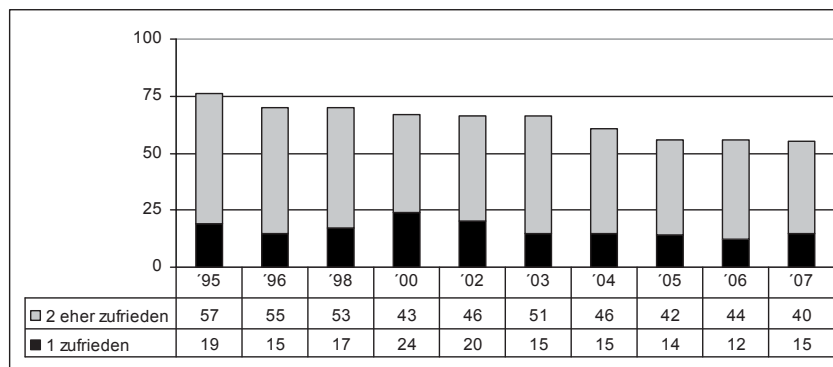
Abbildung 37: Zufriedenheit mit den Chancen, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung voranzukommen (1995–2007)

Fragetext:

Wie zufrieden sind Sie mit den Chancen, die Sie in der jetzigen Gesellschaft haben, es im Leben durch Leistung zu etwas zu bringen?

Antwortmodell:

1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden 3 eher unzufrieden als zufrieden 4 unzufrieden



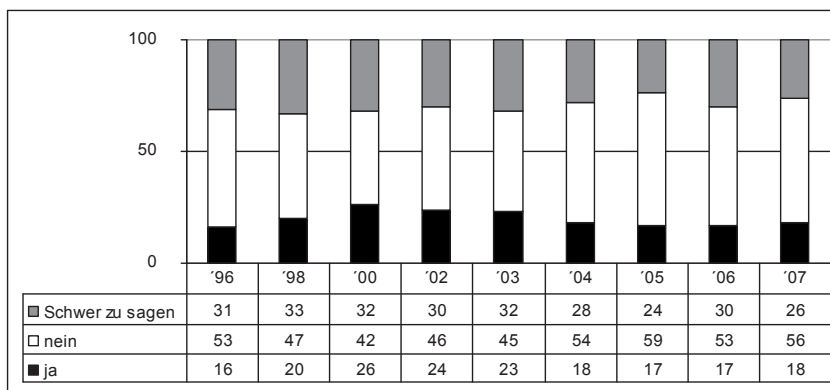
Lediglich die reichliche Hälfte (55 %) ist im Jahr 2007 mit den real erlebten Leistungschancen im jetzigen System zufrieden, allerdings nur der kleinere Teil davon (15 %) ohne Einschränkung. Außerdem ist eine rückläufige Tendenz erkennbar: Der Anteil mehr oder weniger zufriedener Panelmitglieder ist zwischen 1995 und 2007 von 76 % kontinuierlich und signifikant auf 55 % abgesunken, darunter der Anteil der einschränkungslos Zufriedenen seit 2000 von 24 % auf 15 %. Die jungen Frauen äußern sich außerdem signifikant weniger zufrieden als die jungen Männer: 51 % gegenüber 61 % im Jahr 2007. Das theoretisch proklamierte Leistungsprinzip erfährt bei den Panelmitgliedern keine praktische Relevanz in ihrer Erfahrungswelt. Insbesondere länger dauernde Arbeitslosigkeit lässt viele Panelmitglieder daran zweifeln, heute durch Leistung voranzukommen: Während 2007 immerhin 68 % jener, die bisher nicht von Arbeitslosigkeit betroffen waren, mit ihren Leistungschancen mehr oder weniger zufrieden sind, gilt das nur für 36 % derer, die bis 2007 länger als ein Jahr arbeitslos waren.

Im Zusammenhang damit steht, dass lediglich eine Minderheit der Panelmitglieder bejaht, ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten (Abbildung 38).

Abbildung 38: Zufriedenheit mit der Verteilungsgerechtigkeit (1996–2007)

Fragetext:

Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren folgende Erfahrung gemacht: dass Sie Ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten.



2007 sind sich lediglich 18 % sicher, ihren gerechten Anteil zu erhalten. Der sich bis 2000 andeutende positive Trend hat sich danach wieder umgekehrt, die politische Brisanz einer als ungerecht empfundenen und bewerteten Verteilung des Wohlstandes in der jetzigen Gesellschaft nimmt zu. Die Brisanz dieses Themas geht auch aus einer seit 2004 zu diesem Thema gestellten Frage hervor (Tabelle 9).

Tabelle 9: Einstellung zur Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes (2004–2006)

Fragetext:

Im jetzigen Gesellschaftssystem erhält jeder, egal ob einfacher Bürger oder Vorstand eines Konzerns, seinen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand.

Antwortmodell:

Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen bis 5 überhaupt nicht

Antwortpositionen	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)
2004	1	2	(3)	15	29	53	(82)
2005	0	3	(3)	12	25	60	(85)
2006	0	3	(3)	10	28	59	(87)

Eine eindeutige Aussage: Nur 3 % der 33-Jährigen hielten 2006 die im jetzigen System übliche Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes für gerecht, 10 % äußern sich ambivalent und 87 % äußern eine konträre Auffassung, darunter 59 % einschränkungslos, Tendenz zunehmend. Über alle drei Jahre hinweg geben 64 % eine konstant konträre Auffassung zur Kenntnis. Es besteht hierzu in allen sozialen Schichten ein klarer Konsens, der seit Jahren (auch 2007) durch eine Vielzahl verbaler Aussagen gestützt wird, in denen die jungen Erwachsenen ihr völliges Unverständnis und ihre zunehmende Wut über die bekannt gewordenen Einkommen, Nebenverdienste, Pensionen und Abfindungen von Managern, Bankern und Politikern äußern, vor allem dann, wenn persönliches Versagen vorliegt oder es um Steuervergehen, Korruption, Schmiergeld- und Sexaffären oder andere Delikte geht; ein Schwellbrand, zumal mit kritischer Einschätzung die Bereitschaft zum Protest signifikant anwächst und die ohnehin sehr geringe Hoffnung, dass das jetzige Gesellschaftssystem für immer erhalten bleiben möge, signifikant abbaut.

3.4 Wirtschaftliche Zwänge

Von erheblichem Einfluss auf die Identifikation mit dem jetzigen Gesellschaftssystem sind die individuellen Erfahrungen mit der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung (Tabelle 10).

Tabelle 10: Erfahrung, in einer sozialen Marktwirtschaft zu leben (2004–2007)

Fragetext:
Haben Sie in den in den letzten zwei, drei Jahren die Erfahrung gemacht, dass Sie in einer sozialen Marktwirtschaft leben?

	ja	nein	schwer zu sagen
2004	28	50	22
2005	28	49	23
2006	32	48	20
2007	34	46	20

Jeweils rund ein Drittel gab in den letzten zwei, drei Jahren an, die Erfahrung der sozialen Marktwirtschaft gemacht zu haben, die für die subjektive Bejahung der jetzigen Wirtschaftsordnung natürlich von erheblicher Bedeutung ist. Nicht zufällig sind 2007 49 % derer mit der jetzigen Wirtschaftsordnung zufrieden, die diese Erfahrung gemacht haben gegenüber nur 20 % jener, denen diese Erfahrung fehlt. Der Anteil der Panelmitglieder, die diese Erfahrung über den gesamten Zeitraum 2004 bis 2007 hinweg bejahen (viermal mit ja geantwortet), liegt aber bei nur 9 %, 44 % haben dagegen viermal mit nein geantwortet.

Die höchste Zustimmungquote zu dieser Aussage besteht bei den Beamten (59 %), gefolgt von den Selbstständigen (53 %), den Angestellten (35 %), die geringste von den Arbeitern (25 %) und den aktuell Arbeitslosen (10 %). Interessanterweise bestehen keine signifikanten Unterschiede zwischen denen, die im Osten bzw. die im Westen leben. Noch weniger bestätigen allerdings, die Erfahrung gemacht zu haben, ihr Leben ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten zu können (Tabelle 11).

Tabelle 11: Erfahrung, sein Leben ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten zu können (2004–2007)

Fragetext:
Haben Sie in den in den letzten zwei, drei Jahren die Erfahrung gemacht, dass Sie Ihr Leben ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten können?

	ja	nein	schwer zu sagen
2004	7	80	13
2005	11	80	9
2006	9	81	10
2007	10	80	10

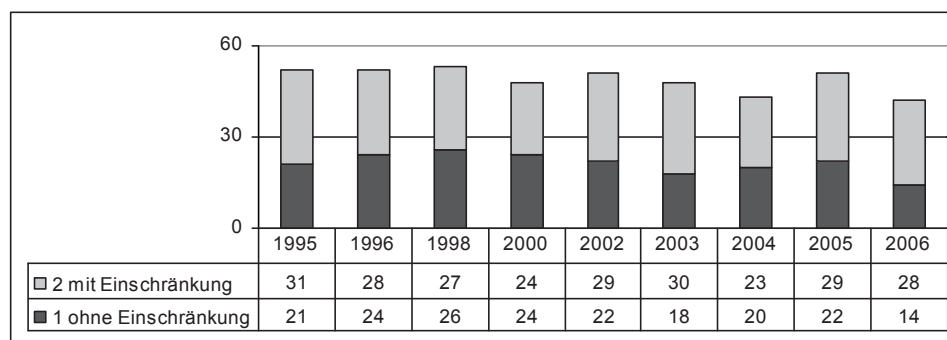
2007 stimmten nur 10 % zu, 80 % haben diese Erfahrung nicht gemacht, mit 10 % ist der Anteil derer, die sich unsicher sind, ziemlich klein. Zwischen den sozialen Gruppen bestehen dabei nur marginale Unterschiede. Selbst von denen, die sich selbstständig gemacht haben (2007 11 %), stimmen nur 13 % zu. Auch zwischen denen, die im Westen bzw. im Osten leben, bestehen nur minimale Differenzen. Über alle vier Jahre hinweg betrachtet bejaht 1 % diese Erfahrung, 80 % widersprechen. Aus der Sicht des Erlebens von Freiheit im gegenwärtigen Gesellschaftssystem der Bundesrepublik ist bemerkenswert, dass 2007 $n = 28 = 7$ % der 34-Jährigen erklären, ihr Leben nach ihren Vorstellungen sowohl ohne wirtschaftliche als auch ohne politische Zwänge frei gestalten zu können.

Die Bindung an das gegenwärtige Gesellschaftssystem wurde bei einem großen Teil der Panelmitglieder stark durch die Erfahrung beeinträchtigt, von vielen Westdeutschen als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden (Abbildung 39). Nachdem 2005 der Anteil der Zustimmungen noch einmal deutlich angestiegen war, ist er 2006 erheblich zurückgegangen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass 2006 42 % der Panelmitglieder solche Erfahrungen gemacht haben.

Abbildung 39: Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden (1995–2006)*

Fragetext:
Viele Westdeutsche behandeln uns Ostdeutsche als Deutsche zweiter Klasse.

Antwortmodell:
Das entspricht meiner Meinung 1 vollkommen bis 5 überhaupt nicht



*prozentualer Anteil einschränkungsloser (1) bzw. eingeschränkter (2) Zustimmung

4. Zusammenfassung

Die Sächsische Längsschnittstudie dokumentiert in einmaliger Weise den Wandel, der sich bei jungen Ostdeutschen des Geburtsjahrganges 1973 zwischen ihrem 14. und 34. Lebensjahr (2007) in Bezug auf ihr politisches Bewusstsein vollzogen hat, ausgelöst durch das Ende der DDR und des realen Sozialismus, die schockartigen Veränderungen in der Wendezeit und das unmittelbare Erleben des realen Kapitalismus, den sie bisher nur aus den Medien und ihren Lehrbüchern kannten. Damit ist der weitaus größte Teil ihres bisherigen bewussten Lebens von weitreichenden und tiefgehenden Umbrüchen beeinflusst worden, deren Folgen für ihre weitere Persönlichkeitsentwicklung heute noch vollständig nicht absehbar sind. Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass es zur Sächsischen Längsschnittstudie (leider) keine vergleichbaren Untersuchungen gibt, weder in den neuen noch in den alten Ländern. Untersuchungen wie die Rostocker Längsschnittstudie (z. B. Reis, 2007) oder auch die Mannheimer Längsschnittstudie (z. B. Ihle et al., 1998) haben in ihren Zielen, den Anlagen der Untersuchungen und den ausgewählten Stichproben deutliche andere Ausrichtungen. Studien, die einen ähnlichen thematischen Schwerpunkt auf die Wiedervereinigung und ihre Folgen haben, gibt es zwar zahlreiche, jedoch entweder nur zu einem Zeitpunkt (Querschnitt) oder aber nicht über so einen langen Zeitraum wie bei der Sächsischen Längsschnittstudie. Wenn Vergleiche möglich sind, z. B. zu den Untersuchungen wie „Die Ängste der Deutschen“ (http://www.ruv.de/de/presse/r_v_infocenter/studien/aengste_deutsche_2008.jsp) oder die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS (<http://www.gesis.org/dienstleistungen/daten/umfragedaten/allbus/>), dann meist nur auf der Ebene einzelner, spezifischer Fragen. Diese Vergleiche zeigen jedoch, dass die Teilnehmer der Sächsischen Längsschnittstudie sich in ihren Einstellungen, Meinungen usw. nicht gravierend von anderen Personen in Deutschland unterscheiden. Die wichtigsten Trendlinien des politischen Einstellungswandels im Untersuchungszeitraum 1987 bis 2007 lassen sich wie folgt zusammenfassen.

1. Die Ergebnisse aus der ersten Phase der Studie vor der Wende (1987 bis Frühjahr 1989) widerspiegeln die Enttäuschungen der damals 14- bis 16-jährigen Panelmitglieder vom „real existierenden Sozialismus“ in der Endzeit der DDR. Ihre politische Identifikation mit der DDR, mit dem Sozialismus überhaupt, mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung nahm von Jahr zu Jahr deutlich ab, an der Politik der SED wurde deutliche Kritik geäußert.

Ausgenommen von diesen regressiven Tendenzen war jedoch die Überzeugung, in der DDR eine gesicherte Zukunft zu haben. Diese Zuversicht hatte vorwiegend sozialpolitische Grundlagen, darunter nicht zuletzt die Tatsache, dass im Frühjahr 1989, am Ende der 10. Klasse, für faktisch alle StudienteilnehmerInnen die berufliche Perspektive gesichert schien und somit für Ängste um einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz kein Anlass bestand. Arbeitslosigkeit war ein Begriff aus einer anderen Welt.

Diese und weitere Sozialisations- und Sicherheitserfahrungen im Kindes- und Jugendalter wirken nachhaltig bis in die Gegenwart und bilden den Kern einer noch immer bestehenden, seit Jahren sogar erneut zunehmenden emotionalen Verbundenheit mit der DDR. Sie sind somit aufschlussreich für das Verstehen gegenwärtiger, teilweise unerwarteter Reaktionen dieser jungen Frauen und Männer auf die Wiedervereinigung und die damit verbundenen Transformationsprozesse in Ostdeutschland.

2. Viele Jahre bestand bei den jungen Leuten des Panels Konsens darüber, dass die Wende richtig war. Diese generelle Bejahung ist seit Beginn des Jahrzehnts erheblich zurückgegangen. Die politischen Verhältnisse in der DDR wollen sie (von einer Minderheit abgesehen) zwar nicht zurück, die meisten bezweifeln aber in zunehmendem Maße, dass die Ziele der 'friedlichen Revolution' vom Herbst '89 erreicht wurden. Sehr viele stellen auch in Frage, dass die Ostdeutschen damit die erhoffte Freiheit errungen haben, vor allem dann, wenn sie längere Zeit arbeitslos waren, mehr und mehr mit früher unbekanntem Existenzängsten zu kämpfen haben und sich erhebliche Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder machen.

3. Das vereinte Deutschland ist für die meisten StudienteilnehmerInnen zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Sie haben von ihm Besitz ergriffen, anerkennen und nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile pragmatisch für ihre Persönlichkeitsentwicklung und ihre berufliche Karriere und nicht zuletzt dafür, die neu gewonnene Reisefreiheit zu praktizieren. Die Vereinigungsfolgen für Ostdeutschland werden noch immer überwiegend ambivalent bewertet. Der vermutete Zeitpunkt für die Herstellung der wirtschaftlichen und der inneren Einheit wird von Jahr zu Jahr weiter in die Zukunft verschoben, er wird mehr und mehr zu einer Utopie und kann damit als Widerspiegelung erheblicher Enttäuschungen von den Realitäten des Vereinigungsprozesses interpretiert werden. Als Gewinner der Einheit versteht sich knapp die Hälfte der Panelmitglieder, allerdings die wenigsten davon (15 %) ohne Einschränkung. Wie kaum bei einer anderen grundsätzlichen Frage springen in dieser Beziehung die gegenüber den Männern durchgehend kritischeren Auffassungen der Frauen ins Auge: Mehr oder weniger als Gewinner sehen sich 62 % der Männer, aber nur 38 % der Frauen.

4. Aus den langjährigen Trends geht klar hervor: Die grundsätzliche Bejahung der deutschen Einheit ist nicht identisch mit der Zustimmung zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem. Dieses System wird auch anderthalb Jahrzehnte nach der Herstellung der Einheit mehrheitlich kritisch oder ablehnend betrachtet, in jüngster Zeit sogar mit deutlich zunehmender Tendenz. Das betrifft in besonderem Maße die jetzige Wirtschaftsordnung und – damit eng zusammenhängend – das politische System in der Bundesrepublik. Nur Minderheiten sind zufrieden mit der Sozialpolitik, der Familienpolitik, der Gesundheitspolitik und der Lohnpolitik in Ostdeutschland. Besonders schwerwiegend für das kritische Verhältnis der jungen Frauen und Männer zum jetzigen System ist ihre mehrheitliche Unzufriedenheit mit der Demokratie. Das von Anfang an auffällige Defizit an persönlich erfahrenen Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung konterkariert die ihr zugeschriebene fundamentale Bedeutung für die jetzige Gesellschaft.

5. Die Bereitschaft der Panelmitglieder zur gesellschaftlichen Partizipation ist von Jahr zu Jahr geringer geworden und geht gegen Null. Diese Orientierung, die schon in der Endzeit der DDR stark zurück gegangen war, nahm nach der Wende keinen Aufschwung, sondern stürzte im Gegenteil völlig ab. Auch der starke Rückgang des Strebens nach Aufstieg in der jetzigen Gesellschaft ist Ausdruck des massiven Abbaus der Bereitschaft zur Unterstützung des politischen Systems. Hintergrund ist vor allem die Erfahrung, als Ostdeutscher nach wie vor nur geringe Chancen zu haben, in die gesellschaftliche Elite aufgenommen zu werden.

6. Vertrauen zu den demokratischen Parteien ist kaum vorhanden. Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: In den letzten Jahren hat sich der Anteil der jungen Erwachsenen, die zu keiner der etablierten Parteien Vertrauen haben, ständig erhöht. Stark beeinflusst wird dieser Prozess durch die kritische Sicht auf die politische Klasse und die Wirtschaftsführer. Die meisten meinen, dass die heute herrschenden Politiker in erster Linie die Politik der Reichen und Mächtigen vertreten. Im Hinblick auf Ehrlichkeit gegenüber den Bürgern werden sie auf eine Stufe mit den Politikern in der DDR gestellt. Vertrauen zur Regierung haben 2007 lediglich 15 %.

7. Die deutliche Kritik am kapitalistischen System äußert sich darin, dass viele Panelmitglieder der jetzigen Gesellschaft Merkmale zuschreiben, die sie in der Schule im Staatsbürgerkundeunterricht gelehrt bekamen. Das betrifft insbesondere die Existenz von Ausbeutung und Klassenkampf. Die übergroße Mehrheit vertritt seit Jahren den Standpunkt, es sei nicht alles falsch gewesen, was sie in der Schule über den Kapitalismus gelernt haben. Die kritische Sicht dieser jungen Ostdeutschen auf das jetzige Gesellschaftssystem kulminiert in weit verbreiteten und weiter wachsenden Zweifeln an seiner Zukunftsfähigkeit. Nur weniger als 10 % glauben daran, dass dieses System die dringenden Menschheitsprobleme lösen wird und dass es das einzige menschenwürdige Zukunftsmodell sei. Ebenfalls weniger als 10 % hoffen, dass das jetzige System für immer erhalten bleibt, die meisten wünschen das Gegenteil. Und nur ein kleiner Teil bejaht, dass im Kapitalismus Freiheit existiert und die Menschenrechte geachtet werden. Der Anteil derer, die die Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende als Fortschritt bewerten, ist deutlich zurückgegangen. Besonders diese Ergebnisse lassen auf eine inzwischen tief verinnerlichte systemkritische Haltung schließen, deren Quellen vor allem in den gegenwärtigen Erfahrungen dieser Frauen und Männer liegen, aber vermutlich auch weit in ihre zu DDR-Zeiten erfahrene, nachhaltig wirkende Sozialisation zurückreichen.

8. Die anwachsende Kritik des größten Teils der Panelmitglieder an ihrem gegenwärtigen gesellschaftlichen Umfeld geht zeitgleich mit teilweise überraschenden Entwicklungen anderer politischer Einstellungen einher. Sie äußert sich insbesondere im Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, der sich als ein äußerst langwieriger Prozess erweist, bei den meisten dieser 34-Jährigen ist ziemlich konstant eine Doppelidentität festzustellen.

9. Beim Systemvergleich DDR – heutige Bundesrepublik schneidet die DDR in sozialer Hinsicht von Jahr zu Jahr besser ab – eine nach dem Untergang eines Landes vermutlich historisch einzigartige Erscheinung. Das gilt vor allem in Bezug auf die soziale Sicherheit, die Betreuung der Kinder, das Verhältnis der Menschen untereinander, die Förderung der Familie, den Schutz gegenüber Kriminalität, die Schulbildung, die soziale Gerechtigkeit. Das sind offensichtlich u. a. jene Gebiete des Lebens, in denen bei den 34-Jährigen nach wie vor positive Erinnerungen an die DDR überwiegen und denen massive Bindekräfte innewohnen. Mit hoher Konstanz halten sie mehrheitlich an der Auffassung fest, dass die DDR sowohl gute als auch schlechte Seiten hatte. Dabei wird die DDR umso positiver beurteilt, je negativer die heutigen Erfahrungen der jungen Leute mit den Folgen des Systemwechsels und der Vereinigung sind. Diese positiven Erinnerungen stehen jedoch in keinem Zusammenhang mit ihren früheren politischen Bindungen, bedeuten keine ideologische Verklärung der DDR.

10. Die ansteigende Distanz gegenüber dem jetzigen Gesellschaftssystem geht außerdem mit einer deutlich zunehmenden Tendenz der Identifikation mit sozialistischen Idealen einher. So hält z. B. die überwiegende Mehrheit den Sozialismus für eine gute Idee, die bisher nur schlecht verwirklicht wurde. Die grundsätzliche Frage „Kapitalismus oder Sozialismus?“ ist für sie offensichtlich noch nicht endgültig beantwortet. Dass die sozialistischen Gesellschaftsideale sich eines Tages durchsetzen werden, glauben gegenwärtig allerdings ebenso wenige wie das jetzige Gesellschaftsmodell für zukunftsfähig halten.

11. Die persönliche Zukunftszuversicht der 34-Jährigen hat nach der Wende und der deutschen Einheit erheblich abgenommen. Als ein sehr ernstes Signal ist zu werten, dass immer weniger der 34-Jährigen ihre Zukunft mit Ostdeutschland verbinden, insbesondere mit Blick auf den Arbeitsmarkt. Das hat zugleich beträchtliche Folgen für die

Einstellung zur Wende, zur Wirtschaftsordnung und zur Legitimität des politischen Systems, aber auch für die Absichten der Panelmitglieder, im Osten zu bleiben oder in den Westen bzw. ins Ausland abzuwandern. Letzteres kündigt 2007 rund ein Drittel dieser jungen Erwachsenen an, die im Osten verblieben sind. Etwa ein Viertel der Panelmitglieder ist bereits abgewandert und hat sich neu und meist sehr erfolgreich integriert.

12. Die Zukunftszuversicht und Lebensgrundstimmung vieler Panelmitglieder werden durch eine Vielzahl von Alltagsängsten beeinträchtigt, die aus den völlig veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen hervorgingen. Vor allem die psychisch stark belastenden existenziellen Ängste vor einer weiteren Verteuerung des Lebens, vor eigener Arbeitslosigkeit und Eintreten einer persönlichen Notlage, vor den Auswirkungen von Hartz IV sowie vor weiteren Reformen der Regierung haben erheblichen Anteil an der geäußerten Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen System und an der Angst vor dem heutigen Kapitalismus. Bei sehr vielen ist über Jahre hinweg ein Stau negativer Gefühle entstanden. Ein besonderes Alarmsignal ist, dass sich rund zwei Drittel der jungen Erwachsenen bereits im Alter von 34 Jahren von Armut im Alter bedroht fühlen.

13. Entscheidender Einflussfaktor für die Bewertung der Gesellschaft und der persönlichen Lebensumstände ist die Erfahrung der Arbeitslosigkeit, die bis zum Jahr 2007 bereits 71% der Panelmitglieder gemacht haben. Die Arbeitslosigkeit, von führenden, volksverbundenen Politikern und Politikerinnen in der Bundesrepublik schon längst als „größte Wunde der Gesellschaft“ erkannt (Rau, 2004), oder als Situation, die ähnlich wirkt wie eine Haft, geht wie ein Riss durch die gesamte Population. Sie nährt Ängste gegenüber der Gesellschaft, bestärkt Zweifel an ihrer Zukunftsfähigkeit und erhöht die Protestbereitschaft, hat aber auch erhebliche negative Folgen für die physische und psychische Gesundheit der TeilnehmerInnen (ausführlich siehe z. B. Berth et al., 2003, 2005, 2006, 2008).

Entscheidend ist, dass diese negativen Auswirkungen mit wachsender Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit nachweislich kumulativ zunehmen, eine Tatsache, die nur aus langfristig erhobenen individuellen Daten, nicht jedoch aus amtlichen Statistiken ablesbar ist. Besonders hier liegt auch der Neuigkeitswert unserer Ergebnisse. So geht mit zunehmender Dauer eigener Arbeitslosigkeit kontinuierlich die Zukunftszuversicht zurück und steigt die Angst vor einer persönlichen Notlage stark an. Auch die Bejahung der Wende und selbst die Zahl der gewünschten Kinder nehmen signifikant ab. Nahezu alle lehnen es ab, sich mit Arbeitslosigkeit abzufinden. Bei weit mehr als der Hälfte der PanelteilnehmerInnen haben sich die langjährigen Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit inzwischen zu der Auffassung verdichtet, dass ohne Arbeit keine Freiheit existiert.

Dabei spielen keineswegs nur die direkten, persönlichen Erfahrungen eine Rolle, sondern auch die indirekten Erfahrungen im sozialen Nahbereich (Lebenspartner, Eltern, Geschwister, enge Freunde), sowie die Wahrnehmung der vielschichtigen negativen Folgen einer weiter zunehmenden kollektiven Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Auch diese Wirkungen werden viel zu gering eingeschätzt. Hinzu kommt bei vielen TeilnehmerInnen die geringe Sicherheit ihres Arbeitsplatzes, die in ihren psychischen Auswirkungen denen von erfahrener Arbeitslosigkeit nachweislich faktisch gleichzusetzen ist.

Fazit: Die in der DDR erfahrene Sozialisation der 34-Jährigen hat bis in die Gegenwart nachweisbare Langzeitwirkungen. Das betrifft vor allem damalige Alltagserfahrungen in sozialer Hinsicht, insbesondere die erlebte soziale Sicherheit. Die bis 2007 vorliegenden Trends führen alles in allem zu der Feststellung, dass der Zeitraum von fast zwei Jahrzehnten nicht ausgereicht hat, um einen nennenswerten Teil der jetzt 34-Jährigen politisch für das jetzige Gesellschaftssystem und dessen Werte und Perspektiven einzunehmen. Wesentlich ist dabei, dass sie sich diesem System gegenüber nicht etwa entfremdet haben, sondern ihm faktisch schon seit der Wendezeit skeptisch oder ablehnend gegenüber stehen. Diese kritische Haltung verstärkte sich bereits am Ende der Regierungszeit von Schwarz-Gelb, den kurzfristig wachsenden Hoffnungen nach dem Regierungswechsel 1998 zu Rot-Grün folgte ein noch stärkerer Absturz als zuvor, der sich auch nach den Bundestagswahlen von 2005 fortzusetzen scheint. Das

äußert sich besonders augenfällig in der signifikant zurückgehenden Bejahung der Wende, dem bisher folgenreichsten politischen Ereignis im Leben dieser jungen Ostdeutschen, nachweislich vor allem hervorgerufen durch die stark gestiegene persönliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit. Sie hat maßgeblich zu einer „Entzauberung der Verheißungen des Kapitalismus“ beigetragen. Das betrifft in besonderem Maße die Frauen, die der jetzigen Gesellschaft von Anfang an noch kritischer gegenüberstanden als die jungen Männer.

5. Anhang

5.1 Literatur

Berth, H., Förster, P. & Brähler, E. (2003). Gesundheitsfolgen von Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit bei jungen Erwachsenen. *Das Gesundheitswesen*, 10, 555–560.

Berth, H., Förster, P. & Brähler, E. (2005). Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzunsicherheit und Lebenszufriedenheit. Ergebnisse einer Studie bei jungen Erwachsenen in den neuen Bundesländern. *Sozial- und Präventivmedizin*, 50, 1–9.

Berth, H., Förster, P., Balck, F., Brähler, E. & Stöbel-Richter, Y. (2008). Was bedeutet Langzeitarbeitslosigkeit für junge Erwachsene? Ergebnisse der Sächsischen Längsschnittstudie. *Verhaltenstherapie & Psychosoziale Praxis*, 40, 87–97.

Berth, H., Förster, P., Balck, F., Brähler, E. & Stöbel-Richter, Y. (2008). Arbeitslosigkeitserfahrungen, Arbeitsplatzunsicherheit und der Bedarf an psychosozialer Versorgung. *Das Gesundheitswesen*, 70, 289–294.

Berth, H., Förster, P., Brähler, E. & Stöbel-Richter, Y. (2007). Einheitslust und Einheitsfrust. Junge Ostdeutsche auf dem Weg vom DDR- zum Bundesbürger. Eine sozialwissenschaftliche Langzeitstudie von 1987–2006. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Berth, H., Förster, P., Stöbel-Richter, Y., Balck, F. & Brähler, E. (2006). Arbeitslosigkeit und psychische Belastung. Ergebnisse einer Längsschnittstudie 1991 bis 2004. *Zeitschrift für Medizinische Psychologie*, 15, 111–116

Förster, P. & Friedrich, W. (1996). Jugendliche in den neuen Bundesländern. Ergebnisse einer empirischen Studie zum Wandel der Meinungen, Einstellungen und Werte von Jugendlichen in Sachsen 1990 bis 1994. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 19, 18–29.

Förster, P. (2002). Junge Ostdeutsche auf der Suche nach der Freiheit. Eine systemübergreifende Längsschnittstudie zum politischen Mentalitätswandel vor und nach der Wende. Opladen: Leske + Budrich.

Förster, P., Brähler, E., Stöbel-Richter, Y. & Berth, H. (2008). Die „Wunde Arbeitslosigkeit“: Junge Ostdeutsche, Jg. 1973. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40–41, 33–43.

Förster, P., Friedrich, W., Müller, H. & Schubarth, W. (1993). *Jugend Ost: Zwischen Hoffnung und Gewalt*. Opladen: Leske + Budrich.

Friedrich, W. & Förster, P. (1991). Ostdeutsche Jugend 1990. *Deutschland Archiv*, 4, 349–360 & 7, 710–714.

Friedrich, W. & Förster, P. (1994). Jugendliche in den neuen Bundesländern. In: H.-J. Veen (Hrsg.), *Eine Jugend in Deutschland?* (S. 119–152). Opladen: Leske + Budrich.

Ihle, W., Esser, G., Schmidt, M.H., Blanz, B., Reis, O. & Meyer-Probst, B. (1998). Die prospektive Bedeutung von Risikofaktoren des Kindes- und Jugendalters für psychische Störungen des Erwachsenenalters – Ergebnisse zweier Längsschnittstudien in Rostock und Mannheim. Sonderheft der Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 2, 265–281.

Maaz, H.-J. (1990). Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR. Berlin: Argon.

Rau, J. (2004). Vertrauen in Deutschland – eine Ermutigung. Berliner Rede von Bundespräsident Johannes Rau im Schloss Bellevue in Berlin am 12. Mai 2004. Quelle: <http://www.bundespraesident.de/dokumente/-,2.621940/Artikel/dokument.htm> (02.01.2009)

Reis, O. (2007). Familienresilienz und intrafamiliäre Individuation in ostdeutschen Familien, in I. Fookon & J. Zinnecker (Hrsg.), Belastete Kindheiten ohne lebensgeschichtliche Folgen? Zum Problem nachhaltiger Resilienz (S. 75–94). Weinheim: Juventa.

Stöbel-Richter, Y., Kraus, U. & Berth, H. (2008). Transition to parenthood in the life course. In J. K. Quinn & I. G. Zambini (Eds.), Family Relations: 21st Century Issues and Challenges (pp. 1–20). Hauppauge, NY.: Nova Science Publishers.

5.2 AutorInnen

Prof. Dr. sc. paed. Peter Förster

geb. 1932. 1953–1959 Lehrerstudium (Unter- und Mittelstufe, Fach Geschichte) Universität Leipzig, Promotion A 1964, Promotion B 1971. 1959–1965 wissenschaftlicher Assistent/Oberassistent an der Karl-Marx-Universität Leipzig/Institut für Pädagogik. 1966–1990 Abteilungsleiter im Zentralinstitut für Jugendforschung (ZI). Seit 1991 Mitarbeiter der Forschungsstelle Sozialanalysen bzw. des Leipziger Instituts für praktische Sozialforschung (LIPS), Mitarbeit an zahlreichen Projekten der Jugendforschung, seit 1999 Ruhestand.

Forschungsschwerpunkte: Politischer und sozialer Wandel bei Jugendlichen in den neuen Bundesländern

Adresse: Forschungsstelle Sozialanalysen, Schweizerbogen 11, 04289 Leipzig

E-Mail: prof.foerster@gmx.de

PD Dr. phil. habil. Yve Stöbel-Richter, Dipl.-Soz.

geb. 1968. 1987–1993 Studium der Soziologie und Psychologie in Leipzig und Grenoble (Frankreich). 1993 Diplom in Soziologie und Magister in Psychologie. 1993–2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin, 2001–2004 wissenschaftliche Assistentin an der Universität Leipzig in der Selbständigen Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie. 2000 Promotion, 2004–2007 Leiterin einer selbständigen Nachwuchsgruppe (Juniorprofessur) „Medizinische Soziologie mit dem Schwerpunkt: Soziodemographische Bevölkerungsentwicklung und Medizinisch-technischer Fortschritt“, seit 2007 wissenschaftliche Mitarbeiterin in o. g. Abteilung, 2008 Habilitation.

Forschungsschwerpunkte: Familiengründung im Lebensverlauf, demographische Aspekte der Geburtenentwicklung, Gesellschaftliche Auswirkungen moderner Reproduktionsmedizin, Genese des Kinderwunsches, Geschlecht und Gesundheit

Adresse: Universität Leipzig, Selbständige Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie, Philipp-Rosenthal-Straße 55, 04103 Leipzig

E-Mail: yve.stoebel-richter@medizin.uni-leipzig.de

Dr. rer. medic. habil. Hendrik Berth, Dipl.-Psych.

geb. 1970, 1991–1996 Studium der Psychologie in Dresden, 1996 Diplom-Psychologe. 2003 Promotion. 2009 Habilitation. 1996–2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter Technische Universität Dresden Pädagogische Psychologie. 2000 Wissenschaftlicher Mitarbeiter Universität Leipzig Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie. Seit 2000 Wissenschaftlicher Mitarbeiter Universitätsklinikum Dresden Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie.

Forschungsschwerpunkte: Transformationsforschung, Inhaltsanalyse, Krankheitsbewältigung, Psychologische Aspekte der Humangenetik, Arbeitslosigkeit und Gesundheit

Adresse: Universitätsklinikum Carl Gustav Carus Dresden, Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie am Zentrum für Seelische Gesundheit, Fetscherstr. 74, 01307 Dresden

E-Mail: berth@wiedervereinigung.de

Prof. Dr. rer. biol. hum. habil. Elmar Brähler

geb. 1946. 1965–1970 Studium der Mathematik und Physik in Gießen. 1970 Diplommathematiker. 1976 Promotion. 1980 Habilitation in Medizinischer Psychologie. 1985 Ernennung zum Honorarprofessor in Gießen. 1969–1994 Tätigkeit am Zentrum für Psychosomatische Medizin in Gießen. 1991–1994 Gastprofessur im Rahmen des Hochschulsonderprogramms an der Universität Leipzig. Seit 1994 Leiter der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig. Prodekan der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig. Forschungsschwerpunkte: Psychodiagnostik, Psychologische Aspekte von Fruchtbarkeitsstörungen, Verarbeitung chronischer Erkrankungen, Geschlechtsspezifische Aspekte von Gesundheit und Krankheit, Gesundheitliche Identität von Spätaussiedlern und türkischen MigrantInnen, Einstellung und das Wissen zu kontroversen medizinischen und ethischen Fragen in der Reproduktionsmedizin, Arbeitslosigkeit und Gesundheit, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland

Adresse: Universität Leipzig, Selbständige Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie, Philipp-Rosenthal-Straße 55, 04103 Leipzig

E-Mail: elmar.braehler@medizin.uni-leipzig.de

5.3 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Veränderungen ausgewählter politischer Grundeinstellungen (1987–1989)	6
Abbildung 2:	Gesellschaftliche Zukunftszuversicht (1987–2007)	7
Abbildung 3:	Persönliche Zukunftszuversicht (1987–2007)	8
Abbildung 4:	Zuversicht, in der DDR bzw. in Ostdeutschland eine gesicherte Zukunft zu haben (1987–2007)	9
Abbildung 5:	Vergleich der beruflichen Zukunftszuversicht (1991–2007)	9
Abbildung 6:	Zustimmung zur Wende (1992–2007)	11
Abbildung 7:	Grundeinstellung zur deutschen Einheit (1990–2007)	12
Abbildung 8:	Urteile über die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung (1992–2006)	13
Abbildung 9:	Zufriedenheit mit dem politischen System (1992–2007)	14
Abbildung 10:	Zufriedenheit mit der Sozialpolitik(1993–2007)	16
Abbildung 11:	Bedeutsamkeit der Orientierung „aktiv am politischen Leben teilnehmen“ (1987–2006)	17
Abbildung 12:	Bedeutsamkeit der Lebensorientierung „in die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen“ (1992–2006)	17
Abbildung 13:	Beurteilung der gesellschaftlichen Entwicklung (1996–2007)	20
Abbildung 14:	Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung (1996–2007)	21
Abbildung 15:	Verbundenheit mit der DDR und mit der Bundesrepublik (1990–2007)	22

Abbildung 16:	Politische Identifikation mit der Bundesrepublik (2000–2007)	22
Abbildung 17:	Systemvergleich 2007	23
Abbildung 18:	Urteile zur Schulbildung (1996–2007)	24
Abbildung 19:	Mittelwerte des Indexes „Früher besser“ (1996–2007)	24
Abbildung 20:	Identifikation mit sozialistischen Idealen (1993–2007)	25
Abbildung 21:	Angst vor persönlicher Arbeitslosigkeit (A), vor Verteuerung des Lebens (V) und vor einer persönlichen Notlage (N) (1990–2007)	27
Abbildung 22:	Ausprägung des Indexes „Existenzangst“ nach Geschlecht (1992–2007)	28
Abbildung 23:	Ausprägung des Indexes „Existenzangst“ im Kontext Arbeitslosigkeit (1992–2007)	29
Abbildung 24:	Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit (1996–2007)	30
Abbildung 25:	Kumulierte Gesamtdauer der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit (1996–2007)	31
Abbildung 26:	Panelmitglieder, die seit der Wende ein- oder mehrmals arbeitslos waren (1996–2007)	31
Abbildung 27:	Einschätzung der eigenen Lebenssituation 2007	32
Abbildung 28:	Ausprägung ausgewählter Merkmale der Lebenssituation 2007	33
Abbildung 29:	Ausprägung der persönlichen Zukunftszuversicht 2007	34
Abbildung 30:	Ausprägung der Zukunftszuversicht für die (künftigen) eigenen Kinder (2002–2007)	34
Abbildung 31:	Durchschnittlich realisierte Kinderzahl und Arbeitslosigkeit (2004–2007)	35
Abbildung 32:	Bisherige Dauer der Arbeitslosigkeit und berufliche Zukunftszuversicht 2007	35
Abbildung 33:	Ausprägung verschiedener Ängste 2007	36
Abbildung 34:	Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung (1993–2007)	37
Abbildung 35:	Politische Einstellungen 2007	37
Abbildung 36:	Zufriedenheit mit Einflussnahme auf die Politik (1993–2007)	38
Abbildung 37:	Zufriedenheit mit den Chancen, in der jetzigen Gesellschaft durch Leistung voranzukommen (1995–2007)	40
Abbildung 38:	Zufriedenheit mit der Verteilungsgerechtigkeit (1996–2007)	41
Abbildung 39:	Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden (1995–2006)	43

5.4 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Bereitschaft der Panelmitglieder, Mitglied der SED zu werden	5
Tabelle 2:	Zukunftszuversicht für die Eltern, die (künftigen) Kinder und die heranwachsenden Jugendlichen im Vergleich mit der eigenen Zuversicht (2002–2007)	10
Tabelle 3:	Zustimmung zur Wende 2007	12
Tabelle 4:	Zufriedenheit mit der Gesellschaft 2007	14
Tabelle 5:	Zufriedenheit mit der Demokratie 2007	15
Tabelle 6:	Grundeinstellungen zum jetzigen Gesellschaftssystem (2000–2007)	19
Tabelle 7:	Zustimmung zum Sozialismus als Idee (2004–2007)	26
Tabelle 8:	Erfahrungen mit der Demokratie (1996–2007)	39
Tabelle 9:	Einstellung zur Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes (2004–2006)	41
Tabelle 10:	Erfahrung, in einer sozialen Marktwirtschaft zu leben (2004–2007)	42
Tabelle 11:	Erfahrung, sein Leben ohne wirtschaftliche Zwänge frei gestalten zu können (2004–2007)	42

www.otto-brenner-stiftung.de